
**WER VISIONEN HAT,
SOLL ZU UNS KOMMEN!**

**MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER
JUSOS MÜNSTER**

08. Januar 2012

BESCHLUSSBUCH



INHALTSVERZEICHNIS

I.	Antragsbereich A	
	1. Antrag A1 – Wer Visionen hat, soll zu uns kommen!	3
II.	Antragsbereich G	
	1. Antrag G1 – Wer wir sind und was wir wollen	9
	2. Antrag G2 – Gute Arbeit	19
	3. Antrag G3 – Sozialpolitik als verwirklichte Solidarität	25
	4. Antrag G4 – Bildungsgleichheit endlich verwirklichen	30
	5. Antrag G5 – Für eine gerechte und nachhaltige Umweltpolitik	36
	6. Antrag G6 – Deutschlands Rolle in der Welt	41
	7. Antrag G7 – Europa sozial und demokratisch gestalten	45
	8. Antrag G8 – Für eine gerechte Wirtschaftspolitik	50
III.	Antragsbereich W	
	1. Antrag W1 – Freiheit bewahren, Vorratsdatenspeicherung ablehnen	53
	2. Antrag W3 – Schulische Praktika stärken und verbessern	54
	3. Antrag W4 – Schluss mit Wegsperrern!	59

Arbeitsprogramm der Jusos Münster für das Vorstandsjahr 2012/2013

1. Wer wir sind

Wir Jusos Münster verstehen uns als ein eigenständiger, sozialistischer, feministischer und antifaschistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster. Unsere Grundwerte heißen Freiheit, Gleichheit und Solidarität. All unsere Arbeit basiert auf diesen Idealen, sie prägen unser Handeln in jeder Form. Obwohl wir uns als Teil der SPD verstehen, lehnen wir es ab als Parteijugend abgestempelt zu werden. Vielmehr sind wir ein eigener Verband, der die Gesellschaft und auch die SPD nach eigenen Vorstellungen prägen und verändern will. Missstände in der Gesellschaft und auch in der Partei sind uns ein Dorn im Auge und wir kämpfen entschlossen, um diese zu beheben. Eine freie, gleiche und solidarische Gesellschaft ist unser Ziel.

2. Was wir wollen

Im letzten Jahr haben wir uns grundlegend positioniert und umfassende Grundsatzpapiere zu verschiedenen Bereichen erarbeitet. Diesen Prozess wollen wir fortführen und weiter stark inhaltlich arbeiten. In Bereichen, in denen wir schon gut aufgestellt sind, wollen wir auf der Grundlage unserer Grundsatzpapiere konkrete Vorschläge erarbeiten, wie unsere Politik gestaltet werden kann. Außerdem wollen wir in weitere Politikbereiche vorstoßen und dort unsere Vorstellungen von jungsozialistischer Politik erarbeiten.

Seminarstruktur weiterdenken

Wir wollen auch in diesem Jahr wieder Seminare veranstalten, die uns inhaltlich, aber auch strukturell weiterbringen. Neben Inhalten zu speziellen Politikfeldern, wollen wir auch mindestens ein Grundlagenseminar für unsere Mitglieder anbieten, das sich z.B. mit Rhetorik oder mit politischen Theorien beschäftigt. Nicht immer muss ein Seminar aus Gruppenarbeitsphasen und Referaten bestehen. Wir können uns auch vorstellen neue Wege auszuprobieren und beispielsweise ein Planspiel zu organisieren, um Politik praktisch vorstellbar zu machen. Vorbehaltlich einer gesicherten Finanzierung, sollen diese Seminare jeweils möglichst über ein Wochenende und außerhalb von Münster stattfinden.

Inhaltliche Arbeit

Wie bisher wollen wir schwerpunktmäßig fünf Themenbereiche bearbeiten. Neu wollen wir uns dabei noch intensiver als bisher mit dem Thema Gleichstellung befassen. Deshalb wollen wir den Themenbereich „Gleichstellung und Soziales“ neu einführen. Unsere Themenbereiche sind:

Antifa

Im kommenden Jahr soll es in der Arbeitsgruppe „Antifa“ zunächst darum gehen den Themenbereich zur Integrationsdebatte mit Diskursen zum Asylverfahren und zur Integration abzuschließen. Danach wollen wir einen inhaltlichen Schwerpunkt auf das Thema Antisemitismus legen. Hierbei sollen vor allem Entstehen und noch vorhandene Strukturen im Vordergrund stehen.

Des Weiteren gilt es, sich aus aktuellem Anlass mit dem Verfassungsschutz und den damit einhergehenden Problemfeldern zu beschäftigen. Ein weiteres Augenmerk soll auch auf die Thematik Flüchtlingspolitik gelegt werden. Natürlich wollen wir uns auch wieder aktiv am den Kampf gegen den Faschismus beteiligen. Deswegen werden wir, wie schon im letzten Jahr, im Februar zur Blockade nach Dresden fahren und werden ebenso den Aufmarsch der Nationalen Sozialisten am 03.03.2012 in Münster verhindern.

Bildung

Wir möchten uns im kommenden Jahr im Themenbereich "Bildung" zunächst mit dem Thema "Kindertagesstätten" auseinandersetzen. Zwar wurde es auf kommunaler Ebene inzwischen durchgesetzt, dass das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei ist und auch sonst hat man auf Münsteraner Ebene für einige Entlastungen bei den Betreuungskosten gesorgt. Dennoch stehen in diesem Bereich einige große Baustellen bevor.

Die U-3-Betreuung wird bisher nur mit großer Mühe gestemmt und viele Kommunen wissen nicht, wie sie die Masse an Betreuungsplätzen schaffen sollen. Gleichzeitig stehen dort eine Reihe junger Familien, die auf die Kitaplätze angewiesen sind, um ihr Einkommen zu sichern. Was tun?

Und: Es wurde inzwischen mehrfach nachgewiesen, dass gerade die frühkindliche Betreuungszeit wesentlichen Einfluss auf die Sozialisation und Bildungslaufbahn von Kindern. Wir wollen darüber diskutieren, ob und wie man den frühkindlichen Betreuungsbereich zu einem für die Kinder am besten angemessenen Bildungsbereich ausbauen könnte. Entsprechende Anträge sollen ggf. folgen.

Des Weiteren wollen wir uns aber nicht nur den ganz Kleinen widmen. Auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wollen wir in diesem Jahr im Blick haben. Hier möchten wir den Fokus auf die jungen Menschen legen, deren Schullaufbahn nicht erfolgreich verlief. Welche Perspektiven haben Jugendliche, mit einem schlechten oder ohne Schulabschluss einen Ausbildungsplatz zu bekommen? Was passiert mit diesen

Jugendlichen, wenn sie keine Ausbildung bekommen? Was bedeutet die "zweite und dritte Chance" in der Praxis und was könnte auf politischer Ebene getan werden, um diesen jungen Menschen eine angemessene und würdige Unterstützung zu bieten? Eine Hospitation bei einem Bildungsträger ist hierfür in Planung."

Gleichstellung und Soziales

Der PoliTisch Gleichstellung und Soziales soll sich im folgenden Jahr mit dem Thema Gesundheit und Pflege beschäftigen und dabei unter anderem auf die teilweise prekären Arbeitsbedingungen aufmerksam machen. Des Weiteren soll ein Schwerpunkt auf dem Thema Lohndumping und Mindestlohn liegen. In diesem Rahmen ist auch eine Beschäftigung mit dem bedingungslosen Grundeinkommen angedacht. Im Gleichstellungsschwerpunkt wollen wir über die Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutieren. Außerdem soll zum Thema Sexismus gearbeitet werden.

Europa und Internationales

Wie der neue Name des PoliTisch – Europa und Internationales bereits sagt, sollen Themen rund um Europa ein großes Gewicht einnehmen. Besonders die Finanz- und Schuldenkrise in der Euro-Zone wird uns wahrscheinlich auch im nächsten Jahr weiter begleiten. Mit ihr verbundene Rettungsversuche und Reformen wollen wir aus sozialdemokratischer Perspektive beobachten und diskutieren. Ein Wiedersehen mit unseren Genossinnen und Genossen in Orvieto in 2012 ist in Planung, um die grenzüberschreitende Debatte über europäische Themen zu fördern.

Dabei werden wir nicht den „Blick über den Tellerrand“ verlieren. Auch auf aktuelle Ereignisse außerhalb Europas werden wir inhaltlich eingehen.

Kommunales

Auch kommunalpolitisch wollen wir unserem Selbstverständnis als eigenständiger politischer Jugendverband und kritische Begleiter unserer Mutterpartei treu bleiben. So werden wir weiterhin beim PoliTisch - Kommunales die wichtigen kommunalpolitischen Entwicklungen verfolgen, diskutieren und uns dazu positionieren. Wir wollen aber auch eigene Initiativen ergreifen und damit zur Positionierung der SPD in den kommunalpolitischen Gremien beitragen. Es ist gut, dass eine Reihe von aktiven Jusos auch in Bezirksvertretungen, Rat und Ausschüssen vertreten sind. So können wir einen dauerhaften Austausch sicherstellen und direkt Einfluss auf Entscheidungen nehmen. Unser Ziel ist es, dass auch künftig Jusos angemessen bei der Besetzung kommunalpolitischer Ämter und Mandate berücksichtigt werden.

Der Motor der SPD – Parteireform umsetzen

Die Vergangenheit hat oft genug gezeigt, dass wir Jusos der inhaltliche Motor der SPD sein müssen, damit sie sich in die richtige Richtung bewegt. Die Bundespartei hat sich vor kurzem neu aufgestellt und mit einer umfassenden Parteireform viele neue Impulse, von denen viele von uns Jusos angestoßen wurden, beschlossen. Als Münsteraner Jusos wollen wir dafür sorgen und mithelfen, dass diese Beschlüsse auch in Münster umgesetzt werden.

3. Wie wir arbeiten

Im vergangenen Jahr haben wir Jusos Münster uns auf allen Ebenen großartig präsentiert. Auf der Landeskonferenz und dem Bundeskongress der Jusos, sowie auf dem Parteitag der SPD Münster haben wir mit vielen Anträgen und Redebeiträgen gezeigt, dass wir unsere Inhalte auch artikulieren und durchsetzen können. Im nächsten Jahr wollen wir genauso stark vertreten bleiben und unser gutes Image ausbauen.

Der PoliTisch

Seit einem Jahr haben wir den PoliTisch als Mittelpunkt unserer politischen Arbeit etabliert. Die Strukturumstellung hat sich als großartiger Schritt erwiesen. Viele neue Gesichter finden den Weg zu uns und bleiben auch. Terminfindungsprobleme und juso-interne Terminüberschneidungen gibt es nicht mehr. Deshalb wollen wir den PoliTisch als wöchentliches Treffen der Jusos Münster beibehalten. Der Donnerstag hat sich hierfür als guter Termin erwiesen, da sich am wenigsten Überschneidungen mit anderen Parteiterminen ergeben haben. Auch weiterhin soll der erste Donnerstag im Monat für den „PoliTisch – Organisatorisch!“ reserviert sein und die Themenbereiche in alphabetischer Ordnung an den anderen Donnerstagen behandelt werden.

Vorstandsarbeit

Der Vorstand der Jusos Münster ist offen und transparent – und das ist gut so. Auch weiterhin sollen alle wichtigen anstehenden Organisationssachen auf dem PoliTisch – Organisatorisch! besprochen werden. Wichtige inhaltliche Entscheidungen werden stets öffentlich diskutiert und alle Mitglieder der Jusos Münster können sich an den Abstimmungen beteiligen. Von allen Vorstandsmitgliedern wird die regelmäßige Teilnahme an allen Veranstaltungen der Jusos Münster erwartet.

Mitgliederbetreuung und Neumitgliederwerbung

Vor wenigen Wochen haben wir ein neues Mitgliederkonzept beschlossen, das es jetzt umzusetzen gilt. Dabei gilt es neben den Studierenden auch andere Zielgruppen anzusprechen. Im Fokus stehen hier SchülerInnen, Auszubildende, junge

ArbeitnehmerInnen und weitere Gruppen, die bisher bei den Jusos bisher noch nicht so stark vertreten sind. Ein besonderer Fokus gilt der Förderung und Ansprache von jungen Frauen, die bei den Jusos leider immer noch unterrepräsentiert sind. Ein Instrument dafür ist das Mentorinnenprogramm, das bereits im kleinen Rahmen angelaufen ist. Sobald möglich wollen wir dieses Programm noch ausweiten. Damit sind wir, wie so oft, der SPD Münster einen Schritt voraus, die auch im Rahmen des neuen Personalfindungskonzepts damit beginnt, Frauen gezielt zu fördern.

Kooperationen

Das Verhältnis zwischen Jusos und Juso-Hochschulgruppe hat sich in Münster in den letzten Monaten massiv verbessert. Ein Beispiel dafür ist der Antrag zum Thema Wohnen, den Jusos und Juso-Hochschulgruppen gemeinsam erarbeitet, diskutiert, beschlossen und in die Partei getragen haben. Mit der Nominierung eines/einer stellv. SprecherIn durch die Juso-HSG wollen wir auch weiterhin eine gute Kooperation gewährleisten.

Im Moment befindet sich eine SchülerInnengruppe bei den Jusos in Gründung. Wir werden diesen Prozess konstruktiv begleiten und freuen uns über die bereits verzeichneten Erfolge.

Als Jugendverband sind Kooperationen und Bündnisse für uns von großer Bedeutung. In vielen Bündnissen, grade im antifaschistischen Bereich, sind wir schon jetzt federführend vertreten. Diese Kooperationen gilt es auszuweiten und zu stärken. Wir wollen versuchen unsere Kontakte zu den Gewerkschaftsjugenden zu intensivieren und gemeinsame Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Jahr 2011 war ein starkes Jahr, was die Öffentlichkeitsarbeit der Jusos Münster angeht. Wir sind mehrmals in den lokalen Zeitungen abgedruckt worden, auch wenn die Presselandschaft Münsters unsere Pressemitteilungen oft gekonnt ignoriert. Auf allen wichtigen Internetportalen sind wir vertreten und finden großen Anklang. Diese Arbeit wollen wir auch 2012 fortführen und intensivieren.

Juso Landeskonferenz 2012 in Münster

Die nächste Landeskonferenz der Jusos wird in Münster stattfinden. Als GastgeberInnen werden wir zeigen müssen, dass wir neben unseren Inhalten auch großes Organisationstalent vorweisen können. Wir wollen die Lako perfekt vorbereiten, durchführen und den anderen GenossInnen aus NRW zeigen, wie man in Münster feiert. Inhaltlich haben wir uns in NRW und im Bund einen Namen gemacht. Jetzt wollen wir dafür sorgen, dass auch die Stadt als solche von den Jusos nicht mehr so schnell vergessen wird.

4. Wer Visionen hat,...

...soll zu uns kommen. Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Antifaschismus, sowie Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht nur auf die Fahnen, sondern füllen sie auch mit Leben. Wir sind ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will und wie er das erreichen kann. Wir laden alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine bessere Welt zu kämpfen.

1. Woher wir kommen

Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind wir Teil der bewegten Geschichte der internationalen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, von Sozialistinnen und Sozialisten und der Sozialdemokratie und stehen in dieser Tradition.

Als 1863 mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) unter Ferdinand Lassalle erstmals eine gesamtdeutsche politische Vertretung der Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse institutionalisiert wurde, waren diesem Ereignis bereits mehrere Jahrzehnte des Kampfes der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre politischen Rechte und die Befreiung aus der Unterdrückung durch die ausbeutenden Verhältnisse des kapitalistischen Systems vorausgegangen. Arbeiterinnen und Arbeiter schlossen sich in Arbeiterbildungsvereinen zusammen, um gemeinsam für eine bessere Bildung ihrer Klasse zu sorgen. Sie kämpften für gleiche politische Rechte wie sie die Klasse der Bourgeoisie (Bürgertum) besaß, sie traten ein für eine demokratisch organisierte Gesellschaft, sie stritten für angemessene und auskömmliche Löhne, gegen die um sich greifende Arbeitslosigkeit durch die fortschreitende Maschinisierung der Produktion, gegen menschenverachtende Arbeitsbedingungen, Wohnungsnot und Hunger sowie für die Schaffung eines Systems sozialer Absicherung im Alter und bei Krankheit. All dies taten sie im Bewusstsein, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst sein könne.

Im ADAV und in den anderen sozialistischen Vereinen und Parteien trafen sie auf Gleichgesinnte, die sich, auch ohne selbst Teil der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter zu sein, das Anliegen der Klasse des Proletariats zu eigen gemacht hatten und die Bewegung mit theoretischen Überlegungen und eingehenden Analysen der herrschenden Verhältnisse unterstützten. So verbinden sich die Ursprünge der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung auch mit Namen wie Karl Marx und Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Ihre Gesellschaftsanalysen und programmatischen Entwürfe beinhalten für uns Jusos Annahmen, Forderungen, Überlegungen und Grundlagen, die bis heute wichtige Anknüpfungspunkte für unsere eigenen programmatischen Ideen und Konzepte bieten.

Mit der Vereinigung von ADAV und Sozialdemokratischer Arbeiterpartei (SDAP) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) im Jahr 1875, die sich ab 1891 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) nannte, setzte sich die ununterbrochene geschichtliche Kontinuität unserer Mutterpartei als politischer Arm der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung fort. Untrennbar verbunden mit ihr ist die Bewegung der Gewerkschaften.

Im Laufe ihrer Geschichte waren Sozialistinnen und Sozialisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder heftigen Repressionen ausgesetzt. Unter Bismarck verboten und unter den Sozialistengesetzen verfolgt, ließen sich die Genossinnen und Genossen jedoch nie unterkriegen und gingen aus diesen für sie schweren und für viele auch existenzbedrohenden Zeiten in vielen Fällen sogar gestärkt hervor. Innerparteiliche Auseinandersetzungen über Theorie und Praxis des Parteiprogramms und seiner konkreten Umsetzung in praktische Politik, führten im Laufe der Geschichte immer wieder zu großen Kontroversen und auch zu Auf- und Abspaltungen. Prominentes Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung um die Haltung der SPD zur Kriegspolitik des deutschen Kaisers und seiner Regierung im Zuge des Ersten Weltkriegs. Untrennbar verbunden hiermit sind die Namen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die später reaktionären Freikorps zum Opfer fielen und als politisch Andersdenkende ermordet wurden. Als Deutschland mit dem Ermächtigungsgesetz Adolf Hitlers 1933 endgültig in die Hände der NS-Diktatur fallen sollte und Europa von diesem mit einem menschenverachtenden Vernichtungskrieg überzogen wurde, waren es Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die als Anwälte der Demokratie im Reichstag unter der Bedrohung von Leib und Leben gegen die Selbstentmachtung des Parlaments und den damit verbundenen unwiderruflichen Weg in den Führerstaat der Nazis stimmten. Das Regime verbot ihre Partei, verfolgte ihre Mitglieder, Anhängerinnen und Anhänger und folterte und tötete etliche von ihnen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Viele Sozialistinnen und Sozialisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gingen in den Widerstand und versuchten auf diesem Weg gegen das mörderische Regime zu kämpfen oder bereiteten Programme zum Wiederaufbau Deutschlands als demokratischer Staat nach dem Ende des von Deutschland verursachten Weltkriegsschreckens vor. Wir stehen in der stolzen Tradition des antifaschistischen Widerstands.

Nach 1945 gründeten die aus dem Untergrund und Exil zurückkehrenden verbliebenen Genossinnen und Genossen die SPD wieder und trugen so zum demokratischen Wiederaufbau Europas bei. Von 1966 bis 1982 waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an den Regierungen der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Zunächst als Partner der Unionsparteien in der Großen Koalition, ab 1969 in der sozialliberalen Koalition mit der FDP. Diese Zeit ist untrennbar verbunden mit dem Wirken Willy Brandts als Außenminister, Bundeskanzler und Parteivorsitzendem. Mit seiner Politik der Annäherung an die Staaten Osteuropas und der Sowjetunion, mit den Errungenschaften in der Bildungspolitik - wie beispielsweise der Einführung des BAföGs - und für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und mit seinem Motto „Mehr Demokratie wagen“ setzte er Maßstäbe sozialdemokratischer Politik in der Bundesrepublik.

Von Beginn an verstanden sich deutsche Sozialistinnen und Sozialisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Teil der internationalen Arbeiterbewegung. Sie schlossen sich der Ersten Internationalen an, die weltweit für die Rechte der Gewerkschaften kämpfte, sie stritten für die Verständigung unter den Völkern Europas und gegen nationalistisch motivierte Kriege. Im Heidelberger Programm der SPD von 1924 steht die Forderung nach Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Und auch in der Bundesrepublik stand die deutsche Sozialdemokratie immer für die Einigung und das Zusammenwachsen Europas. Bis heute ist die SPD Teil der Sozialistischen Internationale (SI) und sind die Jusos Mitgliedsorganisation der International Union of Socialist Youth (IUSY) und der European Community Organisation of Socialist Youth (ECOSY).

2. Unser Selbstverständnis als Jusos

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD wissen, dass eine menschliche Gesellschaft nur verwirklicht werden kann, wenn Freiheit, Gleichheit und Solidarität erkämpft wurden. Unser Ziel ist daher der demokratische Sozialismus: die freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Wir begreifen uns als antifaschistischer, feministischer und sozialistischer Richtungsverband in der SPD, nicht als reine Parteijugend oder Wahlkampfmaschine der Partei. Unser Verständnis von Sozialismus hat viele Facetten:

2.1 Antifaschismus

Wir stellen uns gegen jede Art von Faschismus, Rassismus, Homophobie, Antisemitismus und sozialer Ausgrenzung. Die Verbrüderung der Völker in der Idee der internationalen Solidarität ist unser Leitbild. Jede Art von Patriotismus und Nationalismus lehnen wir ab. Das Erstarken der rechtspopulistischen Thesen und Parteien in Europa beobachten wir mit großer Sorge. Die Hetze gegen Andersgläubige oder „Fremde“ wird von uns niemals akzeptiert. Wir stellen uns konsequent gegen Rassismus jeder Art, egal ob in den faschistischen Parteien, an Stammtischen oder (versteckt) im politischen Establishment. Dem Rassismus in der Mitte der Gesellschaft muss genauso Einhalt geboten werden, wie dem offenen Hass der organisierten Rechten. Um zu verhindern, dass faschistische Parteien, Gruppierungen oder Organisationen ihre verblendeten Parolen verbreiten können, befürworten wir die Blockade von faschistischen Aufmärschen und Demonstrationen. Wir setzen dabei auf Gewaltfreiheit und zivilen Ungehorsam. Um faschistische Strukturen zu zerschlagen und ein Wiedererstarken des Faschismus in Deutschland zu verhindern, fordern wir ein

Verbot aller faschistischer Organisationen und Parteien, sowie eine umfassende politische Bildungsarbeit, um die Entstehung faschistischer Organisationen und Parteien schon im Keim zu ersticken.

2.2 Feminismus

Die Gleichheit der Menschen ist unser oberstes Ziel, die Geschlechterfrage spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Wir kämpfen für die Gleichheit der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Solange die Gleichheit der Geschlechter keine Selbstverständlichkeit ist, setzen wir auf das Mittel der Quote. Wir stehen hinter der Quote in der Partei und im Verband und fordern eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Führungsetagen. Um den Aufstieg von Frauen zu ermöglichen, bedarf es gezielter Förderung junger Frauen – auch das gilt für Partei und Gesellschaft gleichermaßen. Mentorinnenprogramme und frauenspezifische Seminar- und Workshopangebote sind sinnvolle Wege, um die männliche Dominanz in vielen Bereichen zu überwinden. Gleichstellung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, auch Männer müssen sich aktiv für den Feminismus einsetzen, nur so kann die Gleichstellung der Geschlechter auf Dauer erkämpft werden. Darüber hinaus benutzen wir in unserer Rede sowie in allen Veröffentlichungen und Anträgen die geschlechtergerechte Sprache.

Wir lehnen jegliche Art von sexistisch motivierter Gewalt, sexistischen Handlungen sowie sexistische Sprache ab! Darüber hinaus sprechen wir uns gegen jede Form von Anfeindung und Diskriminierung von Frauen und Männern aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Einstellung in unserem Verband und in der Gesellschaft.

2.3 Antikapitalismus

Wir leben in einem kapitalistischen System und kämpfen seit Jahrzehnten für Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sowie von denen, die in unserer Gesellschaft ohne Chance sind. Deshalb fordern wir unter anderem einen Mindestlohn, einen starken Kündigungsschutz, gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, eine menschenwürdige Grundsicherung und eine Umverteilung von oben nach unten. Bei all diesen Korrekturen am System dürfen wir niemals aus den Augen lassen, dass das System selbst falsch ist und langfristig überwunden werden muss. Wir kämpfen für ein System, dass immer im Dienste des Menschen steht, nicht im Dienste des Kapitals. Auch wenn sie nicht mehr so offensichtlich sind, wie vor 100 Jahren: Die Klassenstrukturen in Deutschland und international sind verfestigt, ein gesellschaftlicher Aufstieg ist fast unmöglich. Die Finanzkrisen zeigen, was wir schon lange vermutet haben: Der internationale Finanzkapitalismus verschlingt sich durch seine eigene Gier selbst. Die Profite und Boni erhalten immer die VerursacherInnen, die Lasten werden von der Allgemeinheit getragen. Diese Lobbypolitik der Reichen für Reiche lehnen wir ab.

2.4 Sozialismus heißt auch...

Wir stehen für die beste Bildung für alle von Anfang an. Bildung muss für alle frei zugänglich sein, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir stehen für eine Achtung der Umwelt und den Schutz von Tierrechten. Gefährliche Technologien, wie die Atomkraft, lehnen wir ab. Bei umweltschädlichen Technologien wie der Kohleförderung, befürworten wir einen sozialverträglichen Ausstieg. Wir bekennen uns zum Antimilitarismus und erstreben ein friedliches Zusammenleben aller Menschen. Wir kämpfen für die Rechte von Homosexuellen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgendern. Wir stehen für eine soziale Netzpolitik, die die Daten aller NutzerInnen schützt und die Chancen des Internets nutzt. All dies sind nur Beispiele für die Erweiterung unseres Begriffs einer sozialistischen Gesellschaft. Unser Sozialismusbegriff endet nicht bei wenigen Themengebieten, sondern erstreckt sich in alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche.

3. Grundwerte unserer Politik

Freiheit durch Sozialismus: Unser gesamtes politisches Handeln misst sich an unseren gleichwertig nebeneinanderstehenden und sich gegenseitig beeinflussenden und stützenden Grundwerten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

3.1 Freiheit

Freiheit bedeutet, selbstbestimmt zu leben zu können. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit hat Voraussetzungen. Dazu zählt die Abwehr von Willkür und Unterdrückung. Dazu zählt der Zugang zu den sozialen, ökonomischen, kulturellen Bedingungen der Freiheit. Voraussetzungen von Freiheit sind Teilhabe an der Gesellschaft und die individuelle Bereitschaft zu verantwortlicher Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens. Die Freiheit der/des Einzelnen endet dort, wo sie die Freiheit der/des Anderen verletzt.

Die Freiheit im demokratisch-sozialistischen Sinne beinhaltet sowohl negative als auch positive Freiheitsrechte. Erst diese Kombination garantiert den sozialen Staatsbürgerstatus, einen Status, der es jeder und jedem ermöglicht, sich frei und selbstbestimmt am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können.

Negative Freiheitsrechte (bürgerliche und politische Grundrechte) sind „klassische“ liberale Freiheitsrechte: z.B. das Recht auf Redefreiheit, das Recht auf freie Religionsausübung, das Recht auf freie Vertragsabschlüsse, das Recht der Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts, u.ä.

Dieser Freiheitsbegriff wird auch als formaler oder abwehrender (daher „negativer Freiheitsbegriff“) Freiheitsbegriff bezeichnet, da es sich dabei um Rechte handelt, die alle Bürgerinnen und Bürger vor Eingriffen des Staates und der Gesellschaft schützen. Diese eindimensionale Betrachtung des Freiheitsbegriffs mag den sogenannten Liberalen vielleicht reichen. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten wissen jedoch, dass wir diesen Freiheitsbegriff erweitern müssen: für uns gehören positive Freiheitsrechte ebenso zum Freiheitsbegriff wie die negativen Freiheitsrechte. Positive Freiheitsrechte werden auch materielle oder soziale und ökonomische Freiheitsrechte genannt, da sie es dem Einzelnen ermöglichen, die (negativen) Freiheitsrechte auch tatsächlich aktiv nutzen zu können. Zu den sozialen und ökonomischen Grundrechten gehören beispielsweise das Recht auf Bildung, das Recht auf Gesundheitsfürsorge, das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, das Recht zur gewerkschaftlichen Tätigkeit, u.ä.

Doch gerade die Wahrnehmung der politischen und bürgerlichen Grundrechte ist abhängig von den Fähigkeiten der einzelnen Person, diese durch aktives Handeln ausfüllen zu können.

Die marktkapitalistische Wirtschaftsverfassung bewirkt jedoch, dass der Grundrechtegebrauch, der an ökonomische oder soziale Voraussetzungen gebunden ist, entweder periodisch oder gar prinzipiell für viele Menschen infrage gestellt ist. Doch die Wahrnehmung von Grundrechten darf nicht von sozialen und ökonomischen Voraussetzungen abhängig gemacht werden, da Grundrechte universelle Gültigkeit besitzen!

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten wissen, dass es besonders in einer marktkapitalistischen Ordnung sozialer Bürgerrechte bedarf, damit bürgerliche und politische Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger überhaupt die gleiche Gültigkeit gewinnen. Denn:

Der britische Soziologe und Sozialdemokrat Thomas Marshall brachte dies mit diesen Sätzen auf den Punkt:

„Auch das Recht auf Redefreiheit [Anmerkung: bürgerliches Grundrecht!] [hat] nur wenig wirkliche Substanz, wenn Sie aufgrund fehlender Erziehung [Anmerkung: soziales Grundrecht!] nichts zu sagen haben, was der Rede wert ist, und Sie nicht die Mittel haben [Anmerkung: ökonomisches Grundrecht!], sich Gehör zu verschaffen.

Diese offensichtlichen Ungleichheiten sind aber nicht auf unzureichende Freiheitsrechte zurückzuführen, sondern auf das Fehlen sozialer Rechte.“¹

¹ *Thomas Marshall (1949), britischer Soziologe und Sozialdemokrat, in: Bürgerrechte und soziale Klassen - zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates.*

Das ist der Kern sozialer Demokratie. Der Staat muss die Bereitstellung sozialer Rechte garantieren. Diese Güter dürfen nicht dem Markt überlassen werden. Die Gewährleistung sozialer Grundrechte ist also auch eine Frage der Gleichheit!

3.2 Gleichheit

Gleichheit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen.

Gerecht ist, was die individuellen natürlichen Ungleichheiten und die soziale Herkunft nicht zum Schicksal werden lässt. Für eine wirklich gerechte Gesellschaft reicht die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz nicht aus. Gerechtigkeit verlangt, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Sie verlangt, dass alle die gleichen Möglichkeiten erhalten, an Bildung, an Arbeit, an sozialer Sicherheit, an Kultur und Demokratie teilzuhaben.

Das konkret mögliche Maß von Gleichheit ist Zentrum von Politik, von demokratischer Verständigung.

Im Gegensatz zu anderen politischen Ideologien – besonders im Gegensatz zum so genannten Liberalismus (jener behauptet, der Freiheit sei absoluter Vorrang einzuräumen) und zum Kommunismus (für diesen ist der Gleichheit eine höhere Priorität einzuräumen) - sind für uns Freiheit und Gleichheit untrennbar miteinander verbunden und bedingen einander.

Politische Freiheit gründet auf der Gleichheit des Rechts, also auf der Anerkennung gleicher Freiheitsansprüche – denn ohne gleiche Freiheit gibt es keine Freiheit. Der Anspruch auf Gleichheit gehört zur Freiheit!

3.3 Solidarität

Der Begriff „Solidarität“ entstand im Zeitalter der klassischen Industriegesellschaft. Die industrielle Arbeiterschaft stellte einst eine von homogenen Interessen und Lebenslagen gekennzeichnete soziale Gruppe dar. Solidarität reduziert sich nicht auf Armenfürsorge. Solidarität bedeutet die wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen, zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern.

Heute stellt für uns vor allem der Sozialstaat die organisierte Solidarität dar: Er stellt Mittel zu Verwirklichung sozialer Staatsbürgerrechte bereit. Jedoch darf Solidarität nicht nur an Institutionen und Verwaltungen delegiert werden. Solidarität muss auch als lebendige Haltung und Bereitschaft einer jeden und eines jeden Einzelnen zum Einstehen füreinander gefördert werden.

Das ist besonders heute, in einer Zeit, in der sich die klassische industrielle Massenproduktion auflöst, eine anspruchsvolle Forderung. Die alte Arbeitersolidarität basierte auf gleichartigen Verhältnissen, homogenen Interessen und Lebenslagen. Die

neuen Verhältnisse hingegen sind unübersichtlich, differenziert und wechselhaft. Das hat auch Auswirkungen auf die Solidarität.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten müssen in einer solchen Zeit darauf hinwirken, dass Solidarität nicht unter die Räder der wirtschaftlichen Nutzenkalkulation gerät! Wir müssen uns die Frage stellen, was und unter welchen Umständen der Staat noch an organisierter Solidarität bereitstellen kann und soll.

3.4 Pflicht der Solidargemeinschaft

Unsere Antwort lautet: die Gewährleistung der materiellen Mittel zur Ausübung der Grundrechte ist ein Recht der Bürgerinnen und Bürger und eine Pflicht des Staates!

Der Staat – also die Solidargemeinschaft – muss für die Schließung der Lücke zwischen theoretischer Geltung und Realwirkung der Grundrechte sorgen:

- weil die Risiken, die in der marktkapitalistischen Wirtschaftsordnung die einzelnen Personen von den Mitteln trennen, die sie zur Realisierung ihres Grundrechtsanspruchs brauchen, sich der Einwirkungsmöglichkeit der Einzelnen entziehen
- weil diese Risiken politischer Natur sind - da sie Grundentscheidungen über gesellschaftliche Strukturen und Institutionen entspringen - ,die nur die politische Gemeinschaft als Ganze in Kraft setzen und auch wieder revidieren kann
- und eben weil diese Risiken politischer Natur sind, hat der Einzelne einen politischen Anspruch auf Abhilfe gegen die Folgen dieser Risiken für seine Grundrechte, die in letzter Instanz nur vom Staat garantiert werden können - soweit der Einzelne sie nicht in eigener Verantwortung und mit eigenen Kräften, auch denen solidarischer Kooperation mit anderen, bewältigen kann.
- Die Solidargemeinschaft steht nicht nur in schlechten, sondern auch in guten Zeiten füreinander ein. Das Prinzip "Verluste verstaatlichen, Gewinne privatisieren" lehnen wir ab. Die Früchte einer solidarischen und gemeinschaftlichen Arbeit soll auch die Gemeinschaft ernten dürfen.

Unser Weg zum demokratischen Sozialismus - die soziale Demokratie – beantwortet somit die Frage nach dem Verhältnis der Formalgeltung der politischen, bürgerlichen und sozialen Grundrechte, also welche Rechte der Mensch hat und wie diese wahrgenommen werden können.

Wir wissen: Erst durch die Gewährleistung von bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten im demokratischen Sozialismus erlangt die und der Einzelne Freiheit und wird zum sozialen Staatsbürger / zur sozialen Staatsbürgerin.

4. Herausforderungen, vor denen wir stehen

Eine politische Partei hat sich fortwährend die Frage zu stellen, was in der aktuellen Situation getan werden muss, um ihre Ziele zu erreichen. Dies bezieht sich auf zwei Handlungsfelder: das politische Programm und die nötigen Schritte zu seiner Umsetzung einerseits und die Aufstellung der Partei selbst andererseits. Ein Verband, der sich wie die Jusos als politischer Richtungsverband versteht, hat sich diese Fragen ebenfalls zu stellen. Als Jugendverband innerhalb der SPD geht es zusätzlich aber auch um die Auslotung der eigenen Rolle innerhalb der Mutterpartei. Auf all diesen Ebenen stehen die Jusos aktuell vor Herausforderungen.

Das Regierungshandeln von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat in der jüngeren Vergangenheit immer wieder eine als sozialdemokratisch erkennbare Linie vermissen lassen. Ganz im Gegenteil wurden über Jahre neoliberale Überzeugungen übernommen, Politik zunehmend an vermeintlichen Zwängen des Marktes orientiert und politische Handlungsfähigkeit angesichts von Globalisierung und der Dominanz der kapitalistischen Weltordnung in Frage gestellt. Alternativlosigkeit war immer wieder die Begründung für eine Politik fernab der eigenen politischen Grundsätze. Wo ArbeitnehmerInnenrechte beschnitten werden, der Sozialstaat insbesondere auf Kosten der Schwächsten zurückgefahren wird und wurde sowie politischer Gestaltungswille im Vertrauen auf unsichtbare Selbstregulierungskräfte verblasst, ist der Markenkern sozialdemokratischer Politik – der Einsatz für soziale Gerechtigkeit – nicht mehr erkennbar. Es geht darum, das Ziel einer solidarischen und gerechten Gesellschaft wieder in den Mittelpunkt des eigenen politischen Handelns zu rücken. Wir Jusos Münster müssen hierbei ständige MahnerInnen und VorreiterInnen sein.

Die parteipolitische Konkurrenz hat in den letzten Jahren vor allem auch aufgrund der hier beschriebenen politischen Entwicklungen zugenommen. Im Parteienspektrum hat sich eine Partei links von der Sozialdemokratie etabliert. Gleichzeitig verwischen die Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien in einer Reihe von Politikfeldern scheinbar zunehmend. Auch wenn die Union in der öffentlichen Wahrnehmung einer Sozialdemokratisierung unterworfen ist, bleibt es Aufgabe der Jusos Münster, die grundsätzlichen Unterschiede immer wieder deutlich zu machen. Diese sind nach wie vor unter anderem in gesellschaftspolitischen Fragen und in der Formulierung des Verhältnisses von Politik, (Sozial-)Staat und Wirtschaft gegeben. An manchen Stellen verschärfen sich die Differenzen sogar weiter, ohne dass dies öffentlich wahrgenommen wird.

Auch wenn der Trend in der Gunst der Wählerinnen und Wähler für die Sozialdemokratie seit Jahren erkennbar und manchmal auch radikal nach unten zeigt, heißt dies jedoch nicht, dass die grundsätzlichen politischen Positionen, die wir als Jusos und Partei formulieren, keine gesellschaftliche Zustimmung finden. Vielmehr nimmt diese Unterstützung angesichts krisenhafter Entwicklungen weiter zu. Die politisch zu lösende Aufgabe besteht daher im Schmieden erneuerter und neuer, schlagkräftiger Bündnisse. Dabei geht es um die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften, in Juso-Tradition bedeutet dies aber immer auch, den Kontakt zu gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere den Gewerkschaften, zu suchen und zu pflegen. Nur so lässt sich auf die Dauer inhaltliche Übereinstimmung auch wieder in quantitative Zustimmung bei Wahlen erweitern. Außerdem liegt hierin die Möglichkeit, inhaltlichen Druck auf die politisch Handelnden auch innerhalb der Sozialdemokratie aufzubauen, sich in der politischen Praxis auch an den propagierten Programmen zu orientieren.

Wir haben als Jusos Münster all diese Herausforderungen mit den angemessenen Antworten zu bestehen und wir sind diejenigen, die ein besonderes Augenmerk darauf haben, dass auch die Sozialdemokratie insgesamt neue Stärke gewinnt. Dafür braucht es auf vielen Feldern eine programmatische Neujustierung als Rückbesinnung auf sozialistische und sozialdemokratische Grundüberzeugungen. Dieser Prozess wird sich aber auch nur dann erfolgreich gestalten lassen, wenn er mit einer personellen Neuaufstellung in Teilen begleitet wird. Auch hierzu wollen wir Jusos einen Beitrag leisten.

ANTRAG G2 – GUTE ARBEIT

Jeder Mensch hat das Recht auf Erwerbsarbeit. Für uns ist diese nicht nur für den Broterwerb zuständig, sie ist ein zentraler Bestandteil im Leben des Menschen und bietet die Möglichkeit der Verwirklichung eigener Ziele ebenso wie die Möglichkeit sozialer Teilhabe und der eigenen Identifikation. Für uns Jusos ist die Zentralität der Erwerbsarbeit immer Bezugspunkt unseres politischen Denkens und Handelns gewesen und wird es auch immer bleiben.

Der Begriff „Gute Arbeit“ kann aus zwei Perspektiven heraus gefüllt werden: Aus ArbeitgeberInnensicht bedeutet „Gute Arbeit“ in der Regel zunächst, dass die Angestellten mit Quantität und Qualität zur Gewinnmaximierung im Sinne des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin beitragen. Es bedeutet für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aber auch, ihre Personal- und Unternehmenspolitik an den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu orientieren. Prinzipien der Nachhaltigkeit sind für uns eine verantwortungsbewusste Beschäftigungspolitik, der soziale Umgang mit gesellschaftlichen Ressourcen sowie eine ökologische Unternehmensführung.

Auch aus der Sicht von Arbeitsnehmerinnen und Arbeitnehmern kann der Begriff „Gute Arbeit“ mit Inhalt gefüllt werden. Ein Thema wäre da zum Beispiel eine angemessene Bezahlung. Immer noch, wenn nicht gar mehr und mehr müssen sich ArbeitnehmerInnen aber damit abfinden, dass ihre Wünsche und Bedürfnisse hinter der Gewinnmaximierung von Betrieben und dem effizienten betrieblichen Beitrag zur Wirtschaft zurückbleiben müssen.

Wir Jusos Münster verlangen eine deutliche Verbesserung der Bedingungen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem hiesigen Arbeitsmarkt vorfinden sollten. Hierauf soll im Folgenden näher eingegangen werden.

Gerechtigkeit und faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt

Menschen wollen Arbeit, Menschen suchen Arbeit und sie brauchen sie. In Zeiten der Globalisierung verschärft sich die Situationen auf dem Arbeitsmarkt stetig. Die Konkurrenz aus den Niedriglohnländern wächst, der Standortwettbewerb ist in seiner Perversität kaum noch zu überbieten. Der Druck ist enorm.

Wir Jusos treten nach wie vor für die Vollbeschäftigung ein. Niemand darf auf dem Arbeitsmarkt zurückgelassen werden. Dies kann sowohl durch eine gut funktionierende

Wirtschaft und eine gute internationale Zusammenarbeit als auch durch sozialpolitische Bemühungen um Teilhabe und Gerechtigkeit geschehen.

Ungerechte Bezahlungen ziehen sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche. Nicht mehr nur der private Sektor, sondern auch zunehmend der öffentliche Sektor – wie z.B. die Universitäten oder Museen - garantieren ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keine gute Arbeit mehr. Befristete Verträge, Werkverträge, halbe Stellen, untertarifliche Löhne sind hier an der Tagesordnung. Familiengründungen oder überhaupt eine Versorgung der Familien ist kaum noch möglich. Die so genannten „AufstockerInnen“ sind sogar darauf angewiesen, ihr Einkommen vom Amt aufgestockt zu bekommen, da ihr Einkommen unterhalb des Hartz-IV-Satzes liegt. Wir fordern einen flächendeckenden Mindestlohn, der in fast allen europäischen Ländern bereits Realität ist. Nur eine faire und angemessene Bezahlung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann für einen sozialen Frieden in einer Gesellschaft sorgen!

Wir Jusos Münster sprechen uns für wesentliche Änderungen bei der Leiharbeit aus. Es ist nicht im Sinne der Gerechtigkeit, dass Menschen die gleiche Leistung bringen, aber zum einen schlechter bezahlt werden und zum anderen weniger ArbeitnehmerInnenrechte genießen. Unser Grundsatz, für den wir Jusos Münster kämpfen lautet: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

Auch andere Leistungen und Angebote, wie z.B. Weiterbildungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen dringend ausgeweitet werden. Wir fordern eine stärkere Absicherung vor prekären Arbeitsverhältnissen.

Immer mehr Menschen können von ihrem Geld nicht leben. ArbeitgeberInnen sind mancherorts immer noch nicht bereit, Menschen ihrer Leistung gerecht zu bezahlen. Wir kämpfen für existenzsichernde Mindestlöhne und unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Anliegen tatkräftig einen solchen flächendeckend durchzusetzen. Gleiches gilt für den Arbeits- und Kündigungsschutz.

Vor allem der Staat steht unserer Ansicht nach in der Pflicht, privaten Unternehmen als gutes Vorbild voranzugehen. Dabei steht für uns besonders auf der Agenda, gerechte Bezahlung und Arbeitszeiten, demokratische Mitbestimmung und faire ArbeitnehmerInnenrechte zu gewährleisten.

Besonders im sozialen Bereich, der Arbeit mit und für den Menschen, sehen wir den Staat und den Privatsektor in der Verantwortung, stärker als bisher dafür zu sorgen, den Beschäftigten durch eine angemessene Bezahlung Wertschätzung entgegenzubringen.

Die globalisierte Welt bietet dem heutigen Menschen eine Vielzahl an Entscheidungen. Wo vor vierzig Jahren der Sohn oder die Tochter noch den Beruf des Vaters oder der Mutter übernahm, bestehen heute weitaus mehr berufliche Wahlmöglichkeiten. Dies führt dazu, dass Menschen auch Entscheidungen treffen und im Anschluss feststellen, nicht die richtige berufliche Wahl getroffen zu haben. Wir Jusos Münster fordern, dass Menschen zweite und dritte Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Weiterbildung und lebenslanges Lernen müssen fester Bestandteil einer flexiblen und globalisierten Arbeitswelt sein.

Die Jusos unterstützen die Gewerkschaften beim Kampf gegen die zuvor genannten Missstände, indem sie auf gesetzgeberische Maßnahmen drängen. Zugleich werden die berechtigten Forderungen der ArbeitnehmerInnen notfalls auch im Rahmen eines Arbeitskampfes unter Einsatz aller legalen Mittel tatkräftig unterstützt. Die Entfremdung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren muss rückgängig gemacht werden. Eine Doppelmitgliedschaft bei Jusos/SPD und einer DGB Gewerkschaft ist nicht zuletzt auch deshalb wünschenswert.

Gleichstellende Maßnahmen im Arbeitsmarkt

Die Grundwerte Solidarität und Gleichheit gelten für uns auch bei der Gleichstellung der Geschlechter. Immer mehr Familien entscheiden sich dafür, dass beide Ehepartner am Arbeitsmarkt vertreten sind. Man teilt sich häusliche und erzieherische Aufgaben. Diese Gleichstellung sollte auch in der Arbeitswelt wiederzufinden sein. In der Wirklichkeit sind Frauen immer noch hauptverantwortlich für die häuslichen und familiären Aufgaben einer Partnerschaft zuständig, zu denen neben Haushaltsführung und Kindererziehung immer häufiger auch die Pflege der Elterngeneration gehört. Unter anderem aufgrund dieser gesellschaftlichen Zuordnung müssen sie sich in der Arbeitswelt besonders behaupten. Zum Beispiel müssen Frauen nach wie vor deutlich mehr Anstrengung investieren, um die gleiche Anerkennung und gleichen Lohn wie ihre andersgeschlechtlichen Kollegen zu erhalten.

Wir sind über den geringen Frauenanteil in den Führungsetagen von Wirtschaftsunternehmen erschrocken. Wir glauben nicht, dass Frauen grundsätzlich schlechter qualifiziert sind und über weniger Führungskompetenzen verfügen als Männer. Vielmehr sind wir der Meinung, dass es sich dabei um eine Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz handelt. Um traditionelle Strukturen in der Wirtschaft zu brechen und Frauen die ihnen gebührenden Chancen einzuräumen, fordern wir Jusos Münster eine Geschlechterquote von mindestens 40% in Vorständen und Aufsichtsräten.

Um Familie und Arbeitswelt zu stärken, sprechen wir uns für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familie aus. Der Wiedereinstieg der Männer und Frauen nach der Elternzeit sollte unterstützt werden und Betreuungsmöglichkeiten gesichert werden. Dafür brauchen wir den Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung für 1- bis 6-jährige Kinder und für Ganztagschulen.

Zurzeit sind es in der Regel Frauen, die einen Teilzeitjob annehmen, während Männer sehr lang arbeiten, unabhängig davon, wie viele Kinder sie haben oder ob ein Angehöriger gepflegt werden muss. Es ist nicht ersichtlich dass eine gerechte Verteilung von Arbeitszeit in Zukunft stattfinden wird. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, fordern wir deswegen die Etablierung eines niedrigen Arbeitszeitstandards. Arbeitszeiten müssen zugleich Fürsorgearbeit, Familienleben und berufliche Entwicklung beider Eltern erlauben. Eine neue Zeitpolitik auf dem Arbeitsmarkt ist dafür unumgänglich. Dies schließt auch ein Konzept für die Arbeitszeiten von Eltern und Pflegenden ein, das sowohl Zeitnot vermeidet als auch geschlechtergerecht ist, damit vor allem Mütter Auswege aus dem aktuellen aus dem aktuellen Arbeitszeitdilemma jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht finden können.

Um der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts entgegenzuwirken, die vor allem jungen Frauen als „potentielle Mütter“ in Bewerbungssituationen betrifft, fordern wir außerdem ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren

Wir Jusos Münster sehen daher eine Unterstützung und Förderung des weiblichen Geschlechts in der Arbeitswelt als unabdingbar an. Solange keine Gleichbehandlung existiert, muss auf angemessene Instrumente der Gleichstellung zurückgegriffen werden.

Nach Beschluss der UN—Behindertenrechtskonvention ist nun auch gesetzlich in Deutschland verankert, dass Menschen mit Behinderungen von Anfang an vollumfänglich in die Gesellschaft einbezogen werden müssen. Wir Jusos Münster begrüßen dies. Wir sprechen uns für eine Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt aus und fordern angemessene Unterstützung und Förderung der Menschen in allen Bereichen der Arbeitswelt. Auch Krankheiten dürfen kein Nachteil auf dem Arbeitsmarkt darstellen.

Gleichstellung und Gleichheit bedeuten auch, dass jeder Mensch die gleiche Chance auf dem Arbeitsmarkt erhält. Dennoch stoßen noch immer viele Arbeits- und Ausbildungssuchende an eine unüberwindliche gläserne Decke.

Viel zu oft geschieht es in einer vermeintlich offenen Gesellschaft, dass Migrantinnen und Migranten bereits aufgrund ihres Namens oder Bewerbungsfotos, also ihrer bloßen Herkunft wegen, nicht einmal die Chance auf ein Bewerbungsgespräch erhalten. Diese Diskriminierung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist als Rassismus zu bezeichnen und nicht hinnehmbar.

In der Arbeitswelt müssen Homosexuellen, Bisexuelle, Intersexuelle und Transgender noch immer täglich Anfeindungen und Ausgrenzung ertragen und haben geringere soziale Aufstiegschancen, durch noch immer in der Wirtschaftswelt vorherrschende veraltete Rollenbilder. In einer offenen und toleranten Gesellschaft, wie sie von uns angestrebt wird, sollte niemand fürchten müssen, seine Orientierung offen zu leben. Diskriminierung und Homophobie sind mit guter Arbeit nicht vereinbar.

Deswegen setzen die Jusos sich dafür ein, dass niemand aufgrund seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner Religion, seiner sexuellen Orientierung oder wegen einer Behinderung oder Krankheit an der Verwirklichung seiner Lebensziele, an sozialer Teilhabe, sprich an guter Arbeit gehindert wird.

Demokratisierung der Arbeitswelt

Täglich geben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Zeit und Einsatz zum Fortbestand des zugehörigen Unternehmens. Dass sie unentbehrlicher Teil des Arbeitsmarktes sind, sollte man sie auch spüren lassen: durch ein angemessenes Maß an demokratischer Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Den Einsatz und den engagierten Kampf der Gewerkschaften sehen wir als sinnvoll an und unterstützen ihn tatkräftig.

Wir Jusos Münster sprechen uns für deutlich mehr betriebliche Mitbestimmung aus. Der Unternehmenssektor sollte dahin gebracht werden, dass wirtschaftliche Entscheidungen stets auf Basis moralischen Handelns gefällt werden. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass hierfür die angemessenen demokratischen Hilfsinstrumente eingesetzt werden.

Arbeitsklima und Gesundheit

Immer wieder wird über den Beginn des Rentenalters diskutiert. Vielerorts tritt ein Großteil der Gesellschaft das Rentenalter aus gesundheitlichen Gründen deutlich vor dem gesetzlichen Rentenalter an. Der so genannte „Burnout“ ist nur eine Form betrieblicher und privater Überbelastung. Tatsächlich ist die heutige Gesellschaft von

Komplexität, Leistungsdruck und Schnelligkeit geprägt, der nicht alle ArbeitnehmerInnen dauerhaft standhalten können. Der staatliche wie der private Sektor stehen in der Pflicht, den Menschen dahingehend Ausgleich und Unterstützung zu bieten. Auf Gesundheitsbedürfnisse ist dabei ebenso zu achten wie auf eine gesunde Balance zwischen Arbeits- und Privatleben.

Die Humanisierung der Arbeitswelt

Wir leben in einem Zeitalter des fortgeschrittenen Kapitalismus. Die Globalisierung ist für die Menschen ebenso eine Selbstverständlichkeit wie das Worldwide Web. Manchmal scheint der Mensch im Zeitalter des Geldes, der Medien und der Technik in den Hintergrund zu rücken. Menschen werden mehr und mehr durch Maschinen ersetzt. Mancherorts tauchen sie nur noch in Zahlen der Statistiken auf. Einer solchen Entwicklung gilt es überzeugt entgegenzutreten. Der Mensch darf nicht hinter die Profite gestellt werden. Der Mensch und sein Menschsein stehen deutlich vor den Profiten. Hierfür werden auch wir Jusos Münster uns stets aktiv und engagiert einsetzen.

ANTRAG G3 - SOZIALPOLITIK ALS VERWIRKLICHTE SOLIDARITÄT

Sozialpolitik will Solidarität als Leitidee für die gesamte Gesellschaft lebendig machen. Sie darf sich nicht darauf beschränken eingetretene Schäden zu beheben und in Notfällen einzuspringen, sondern muss weiterentwickelt werden um vorausschauend gestalten und sichern zu können. Gesellschaftliche Zustände, die zu individuellen und sozialen Notständen führen, dürfen nicht als unvermeidlich und unabänderlich hingenommen werden. Sozialpolitik hat stets dafür Sorge zu tragen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen menschenwürdig sind. Für uns Jusos Münster ist Sozialpolitik daher auch aktive Gesellschaftspolitik, also eine Frage des gesamten politischen Handelns.

Die ArbeiterInnenbewegung hat über Generationen hinweg den Sozialstaat erkämpft. Nur so konnten Millionen von Menschen aus den Zwängen ihrer Herkunft befreit, vor Härten des (Arbeits-)Marktes geschützt und ihnen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet werden. Der Sozialstaat ist als organisierte Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen, den Jungen und den Alten, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den Arbeitslosen, den Nichtbehinderten und den Behinderten zu erhalten und auszubauen.

Es berührt die Menschen in ihrer Würde, ob sie Sozialeleistungen aufgrund von Rechtsansprüchen oder als wohltätige Zuwendungen erhalten, ob sie im Arbeitsverhältnis der Willkür der/des ArbeitgeberIn unterworfen sind, oder, genau wie die UnternehmerInnen, gesetzliche Rechte und Pflichten wahrnehmen. Wer soziale Hilfe in Anspruch nimmt, darf nicht diskriminiert werden. Fundament des Sozialstaates bilden auch in Zukunft staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialeleistungen sowie die rechtlich gesicherte Stellung der ArbeitnehmerInnen. Wir sind gegen eine Privatisierung der elementaren Lebensrisiken. Die Sicherstellung eines solidarischen Miteinanders und einer Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird, ist Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge und darf nicht den Widrigkeiten der Märkte unterworfen werden.

Das Grundgesetz überträgt dem Staat soziale Verantwortung und die Pflicht zu sozialer Gerechtigkeit. Die Gewährleistung dieser sozialen Sicherung muss rechtlich wie auch finanziell verlässlich sein und bleiben. Darum ist die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so aufeinander abzustimmen, dass die Gesamtpolitik am Sozialstaatsgebot orientiert ist.

Der vorsorgende Sozialstaat

Der globale Kapitalismus vertieft die Kluft zwischen Reich und Arm. Auch in unserer Gesellschaft verschärfen sich die sozialen Gegensätze. Wir Jusos Münster nehmen dies nicht als Schicksal hin. Wir wollen die Menschen vor den Widrigkeiten der globalisierten Welt schützen und kämpfen für den sozialen Aufstieg in einer Gesellschaft, die niemanden ausschließt. Jede und jeder soll unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Lebensalter, Krankheit oder Behinderung ein Recht haben auf Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation. Staatliche Sozialpolitik muss daher auch das Ziel haben, jede und jeden am gesellschaftlichen Leben, an der Demokratie und am Zusammenleben teilhaben zu lassen.

Um diese Ziele zu erreichen, muss sich der Sozialstaat weiterentwickeln zum vorsorgenden Sozialstaat. Dieser bekämpft Armut und befähigt die Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern. Vorsorgende Sozialpolitik fördert existenzsichernde Erwerbsarbeit, gewährleistet ArbeitnehmerInnenrechte, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention. Sie gestaltet den demografischen Wandel und fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren. Sie verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Der vorsorgende Sozialstaat begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik.

Eine gute, vorsorgende Sozialpolitik wird vor allem in den Kommunen mit Leben erfüllt, in hochwertigen Kindergärten und Schulen, in einem lebenswerten und bezahlbaren Wohnumfeld, mit vielfältigen Angeboten für die Integration von Zuwanderern, für Beschäftigung und Qualifizierung, für Sport, Erholung und Gesundheit.

Gerechtigkeit und Solidarität müssen auch für die Finanzierung unseres Sozialstaates gelten. Die paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlten Beiträge bilden auch in Zukunft die Grundlage unserer Sicherungssysteme. Wir wollen sie in Teilen ergänzen durch eine Steuerfinanzierung, die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt. Es gehört zu unserem Verständnis eines solidarischen und gerechten Zusammenlebens dazu, dass die, die viel haben, auch einen größeren Beitrag dazu leisten als die, die weniger haben.

Gesundheit für alle – solidarisch finanziert

Vorsorgende Gesundheitspolitik will Krankheit vermeiden, Gesundheit erhalten und Unterschiede in den Gesundheitschancen abbauen. Wir streben gesunde Lebensverhältnisse für alle Menschen an, gesundheitsbewusstes Verhalten muss gefördert werden, vor allem in den Unternehmen. Wir fordern Gesundheitserziehung

von Anfang an und verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen, auch in Kindertagesstätten und Schulen. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, gesund aufzuwachsen und zu leben.

Zugleich müssen die Möglichkeiten des medizinischen Fortschritts dazu genutzt werden, Krankheiten zu heilen und unheilbar Kranke menschenwürdig zu versorgen. Kranke haben unabhängig von Herkunft, Alter oder Geschlecht denselben Anspruch auf hochwertige Versorgung und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Wir wollen keine Zweiklassenmedizin. Deshalb wollen wir die Bürgerversicherung, in die alle Menschen einbezogen werden und alle in eine Versicherung einzahlen. Und zwar solidarisch nach dem Prinzip: Starke Schultern tragen mehr als schwache.

Die Bürgerversicherung sollte darum so ausgestaltet sein, dass neben den Einkommen aus selbstständiger und nichtselbstständiger Tätigkeit weitere Einkunft- und Vermögensarten zur Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen werden. Außerdem sollte die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft, oder zumindest deutlich erhöht werden. Nur so kann das Gesundheitssystem auf eine breitere und zukunftssichere Finanzierungsbasis gestellt werden.

Die Prinzipien der solidarischen Bürgerversicherung wollen wir auch in der Pflegeversicherung anwenden. Für eine menschenwürdige Pflege kommt es darauf an, dass sich Familie, privates Umfeld, ambulante und stationäre Einrichtungen wirksam ergänzen. Menschen bedürfen am Lebensende und bei Krankheit der besonderen Solidarität. Jeder Mensch hat Anspruch auf ein Sterben in Würde.

Für ein Leben in Würde – auch im Alter

Jeder Mensch soll im Alter aktiv und kreativ am gesellschaftlichen Leben und in der Arbeitswelt teilnehmen können. Unabhängig von der individuellen Lebensbiografie muss dies gewährleistet sein, Altersarmut ist ein Skandal. Sie zu verhindern ist gesellschaftliche Aufgabe.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die tragende Säule einer Lebensstandard sichernden und armutsfesten Alterssicherung. Wir Jusos wollen sie stärken und weiterentwickeln. Für uns steht fest: Das umlagefinanzierte System ist der vollständig steuerfinanzierten Alterssicherung und kapitalgedeckten Rente deutlich überlegen. Die private und die betriebliche Altersvorsorge sind freiwillig und wirken daher selektiv. Vor allem Beschäftigte mit niedrigen Einkommen sind nicht in der Lage, die erforderlichen

Beiträge privat aufzubringen. Insbesondere kleinere Betriebe können ihren Beschäftigten zumeist keine betriebliche Vorsorge anbieten.

Der demografische Wandel findet statt, unsere Gesellschaft wird älter, keine Frage. Aber: Altersarmut und die Finanzierung des Rentensystems sind nicht allein ein rentenpolitisches Problem, sondern in erster Linie ein Problem des Arbeitsmarktes. Denn: Zwischen der Höhe des Einkommens in der Erwerbsphase und der Höhe der erworbenen Rentenansprüche besteht ein unmittelbarer Zusammenhang: wer viel zahlen kann, erhält im Alter auch eine hohe Rente. Wer sein Leben lang zu niedrigsten Löhnen gearbeitet hat, wer in prekären oder atypischen Beschäftigungsverhältnissen gefangen, oder lange Zeit arbeitslos war, erhält später auch nur eine geringe Rente. Hier muss der Sozialstaat eingreifen und allen Menschen ein würdiges Leben im Alter ermöglichen.

Die Rentenreform muss auf dem Arbeitsmarkt beginnen: Mehr und besser qualifizierte Erwerbstätige in guter Arbeit, Migration, eine höhere Lohnquote und eine höhere Frauenerwerbsquote insbesondere in Normalarbeitsverhältnissen können den Mindereinnahmen im System, die durch den demografischen Wandel auftreten können, entgegenwirken.

Im Zuge der Debatte um den demographischen Wandel wurde unter der schwarz-roten Bundesregierung die Rente mit 67 beschlossen. Wenn heute das durchschnittliche Renteneintrittsalter aus gesundheitlichen oder anderen Gründen weiterhin weit unter dem damals noch geltenden Renteneintrittsalter von 65 Jahren liegt, dann ist und bleibt die Rente mit 67 in der beschlossenen Form nichts anderes als eine Rentenkürzung und gehört deshalb abgeschafft oder zumindest ausgesetzt. Vielmehr müssen die Unternehmen dazu gezwungen werden, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wirklich ernst zu nehmen, so dass allen Beschäftigten ermöglicht wird, das Renteneintrittsalter erreichen zu können. Wir sprechen uns für eine Flexibilisierung der Altersgrenze unter Bezugnahme der Lebensarbeitszeit aus. Wer z.B. körperlich hart arbeitet, muss die Möglichkeit haben, auch vor Vollendung des 67. Lebensjahres ohne Abzüge in Rente gehen zu können.

Die meisten Erwerbsbiographien verlaufen nicht mehr gradlinig, eine 40-jährige, unbefristete und ausreichend bezahlte Vollzeitstelle bei einer/einem ArbeitgeberIn wird mehr und mehr die Ausnahme. Arbeitslosigkeit, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen unterbrechen das Erwerbsleben. Die gesetzliche Rentenversicherung muss diese gebrochenen Erwerbsbiographien zumindest zum Teil auffangen. Erziehungs- und Pflegezeiten müssen anerkannt werden und Rentenanwartschaften aus diesen Zeiträumen erwachsen. Da es sich hierbei um gesamtgesellschaftliche

Anliegen handelt, muss die Finanzierung über entsprechende Steuerzuschüsse erfolgen.

Die steuerfinanzierte Grundsicherung muss denjenigen Menschen, die trotz Aufwertung der Beitragszeiten keine ausreichenden Rentenanwartschaften ansammeln konnten, ein würdiges Leben im Alter ermöglichen.

Die gesetzliche Rentenversicherung umfasst derzeit nur die abhängig Beschäftigten mit Ausnahme der BeamtInnen. Wir wollen die Rentenversicherung mittelfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen, in der alle Beschäftigten versichert sind und auch einzahlen.

Soziale Gerechtigkeit ist unser Kernanliegen

Wir Jusos wissen, dass auch die Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer wieder der Ansicht gefolgt ist, dass ein enges Netz sozialer Sicherung eine Bedrohung für wirtschaftliches Wachstum und eine gute Position im globalen Wettbewerb bedeutet. Auch unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung sind in Deutschland und Europa Sozialleistungen gekürzt, öffentliche Aufgaben privatisiert und bewährte sozialstaatliche Regelungen zurückgenommen worden. Zu oft galten neoliberale Dogmen wie „Privat vor Staat“ oder das Ziel eines „schlanken Staats“ auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Richtschnur. Dass sie ihre vollmundigen Versprechen nicht gehalten haben, haben wir nun klar vor Augen. Wir Jusos sehen es daher auch als unsere Aufgabe, innerhalb unserer Mutterpartei für einen starken und verlässlichen Sozialstaat zu kämpfen. Wir wissen auch, dass strukturelle Umgestaltungen nötig sind. Sie müssen sich aber immer an dem Ziel eines solidarischen und gerechten Zusammenlebens orientieren. Soziale Gerechtigkeit ist Hauptmotiv und Kernanliegen unseres politischen Handelns. Das ist die Tradition der internationalen ArbeiterInnenbewegung, der wir uns nach wie vor verpflichtet fühlen.

ANTRAG G4 – BILDUNGSGLEICHHEIT ENDLICH VERWIRKLICHEN

Soziale Teilhabe und Bildung waren die ersten Ziele der ArbeiterInnenbewegung im 19. Jahrhundert. „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“ war ein wichtiges Motiv im Kampf vieler Menschen für eine bessere Zukunft. Bildung entscheidet unsere Zukunft, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmt Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Erst die Bildung eröffnet dem Menschen die Chance auf Arbeit und sorgt immer neu für Teilhabe und soziale Aufstiegschancen. Wir Jusos wollen eine ganzheitliche Bildung, der es gleichermaßen um Erkenntnis und Kenntnis geht wie um soziale Kompetenzen, Kreativität, Reflexion und Sensibilität für Werte. Bildung ist dabei mehr als die Vermittlung beruflich verwertbaren Wissens, sie stärkt die Persönlichkeit und befähigt zu Toleranz. Sie ist Grundlage dafür, die eigene Umgebung nicht als gegeben hinzunehmen, sondern kritisch zu hinterfragen, auf welchen Grundentscheidungen und Rahmenbedingungen gesellschaftliche Umstände beruhen.

Bildung für alle

Den Wunsch eines gerechten Bildungssystems für alle gibt es nicht erst seit gestern. „Jedes einzelne Kind soll die gleiche Chance haben, damit es der Welt von morgen gewachsen sein kann“ heißt es zum Beispiel in einem Wahlfilm der SPD von 1969. Dieses Ziel ist bis zum heutigen Tag nicht erreicht worden. In keinem anderen vergleichbaren Land bedingt die soziale Herkunft die Bildungschancen in einem so hohen Maße wie in Deutschland, weil es wahre „Durchlässigkeit“ zwischen den einzelnen Bildungsbereichen (Schule, Ausbildung, Hochschule, Weiterbildung) und vor allem den verschiedenen Schulformen nicht ermöglicht.

Gemäß Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 ist das Recht auf Bildung ein grundlegendes Menschenrecht. Wir legen Wert darauf zu betonen, dass dieses Recht alle Menschen im gleichen Maße betrifft, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder kognitiven Voraussetzungen. Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen ist Unrecht.

Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten nehmen wir die gesamte Bildungskette in den Blick. Wir wollen beste Bildung von Anfang an, eine gemeinsame Schule für alle, in der wirklich inklusiv gelehrt und gelernt wird. Wir wollen eine hochwertige Berufsbildung und Ausbildungsplätze für alle Bewerberinnen und Bewerber. Wir wollen

demokratische Hochschulen, die als Lebensraum für alle Beteiligten individuelle Lernprozesse ohne starre Vorgaben ermöglichen. Und wir wollen qualitativ hochwertige Weiterbildung für alle, die verbunden sein muss mit einem gerechten System staatlicher Förderung. Kurzum: Das beste Bildungssystem der Welt - staatlich voll umfänglich finanziert!

Frühkindliche Bildung – Förderung von Anfang an

Die ersten Wochen, Monate und Jahre im Leben eines Menschen sind entscheidend für den Bildungs- und Lebensweg. Die elementare Bildung in den Kindertagesstätten hat daher einen hohen Stellenwert und ist Ausgangspunkt für die Bildungslaufbahn eines jeden Kindes.

Kindertagesstätten müssen als zentrale Institutionen der frühen Bildung gestärkt werden. Wir fordern den Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige und stehen zum Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Die Personalausstattung der Kitas und die Qualifizierung des pädagogischen Fachpersonals müssen den wachsenden Anforderungen gerecht werden. Deshalb wollen wir eine bessere Personalausstattung und uns stärker bei der Aus- und Weiterbildung des Kita-Personals engagieren. Wir setzen uns für die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an ein.

Jede Art von Betreuungsgeld lehnen wir dagegen entschieden ab. Wir sehen hierin den Versuch, überholte Rollenbilder zu zementieren, bestehende strukturelle Probleme mit „Wegbleibe-Pauschalen“ zu mildern und Kinder vom Bildungsangebot der Kindertagesstätten abzuhalten

Gemeinsam lernen, auch in der Schule

Über Bildungswege und -chancen wird in unserem Bildungssystem zu früh entschieden. Kinder aus ärmeren Familien besuchen viel häufiger die Haupt- oder Realschule, Kinder aus reichen und gebildeten Familien gehen fast immer auf das Gymnasium. Wer auf die Haupt- oder Realschule kommt, hat kaum die Möglichkeit, auf das Gymnasium zu wechseln oder ein Studium anzufangen. Das dreigliedrige Schulsystem ist deshalb falsch und ungerecht. Wir setzen uns ein für ein staatliches Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich mit- und voneinander lernen. Wir Jusos wollen eine inklusive staatliche Schule für alle – eine Schule, in der alle Schülerinnen und Schüler bis zu ihrem jeweiligen Abschluss gemeinsam lernen und die allen Schülerinnen Schülern unabhängig von ihrer kognitiven Leistungsfähigkeit, ihrem sozioökonomischen Status und ihren individuellen Förderbedarfen die gleichen

Möglichkeiten gibt.. Die staatliche Förderung von Schulen und Hochschulen in privater Trägerschaft soll auf den Prüfstand gestellt werden. Die Erteilung von Genehmigungen für Schulen und Hochschulen in privater Trägerschaft erfolgt nur noch in Ausnahmefällen in strenger Auslegung der grundgesetzlichen Vorgaben. Der Endsolidarisierung im Bildungsbereich und Exklusion bereits im Schulalter aufgrund von Einkommensunterschieden der Eltern soll auf diese Weise Einhalt geboten werden.

Wir wollen längeres gemeinsames Lernen verbinden mit besserer individueller Förderung. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass dies nicht nur den Lernschwachen, sondern auch den Lernstarken zugutekommt. Damit eine inklusive Bildungslandschaft entstehen kann, brauchen wir eine Ausbildung die Lehrerinnen und Lehrer darauf vorbereitet, die individuellen Fähigkeiten und Förderbedarfe ihrer Schülerinnen und Schüler richtig einschätzen und geeignete Unterrichtsmethoden für eine heterogene Lerngruppe erstellen und anwenden zu können. Unterrichtsmaterialien zur individuellen Förderung sowie geeignete Räumlichkeiten müssen den veränderten Bedingungen einer inklusiven Ganztagschule entsprechend vorhanden sein. Barrierefreiheit muss auf allen schulischen Ebenen gewährleistet sein. Außerdem setzen wir uns für eine bessere Personalausstattung an Schulen ein, die eine Doppelbesetzung im Unterricht an mehreren Tagen in der Woche zulässt.

Wir wollen die Ganztagschule ausbauen als Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders. Denn Schülerinnen und Schüler werden in ihrem Schulalltag nicht nur mit Wissen konfrontiert. Sie verbringen Zeit miteinander und leben in einer Gemeinschaft. So wird die Schule neben der Familie zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen. Eltern werden entlastet, können Beruf und Familie leichter vereinbaren. Kinder können ihre Stärken entdecken und entwickeln. Die Ganztagschule ist in ein soziales Umfeld eingebettet, dazu gehören Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen, Betriebe, Träger der freien Jugendhilfe und Kirchen. Politische Bildung und Demokratie beginnen bereits in der Schule. Die paritätische Besetzung von Schulkonferenzen ist ebenso wichtig, wie eine Stärkung und Ermutigung der Schülervertretungen auf allen Ebenen. Eine Demokratiekultur an Schulen muss sich aber auch immer an alle SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen richten, gerade wenn bestehende Mitbestimmungsformen, wie z.B. Schülervertretungen, entweder nicht etabliert sind oder sie ihre Rechte nicht richtig wahrnehmen bzw. nicht richtig wahrnehmen können.

Moderne berufliche Ausbildung

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für den späteren Beruf. Eine breite Grundausbildung schafft die Voraussetzungen für das lebenslange berufliche Lernen. Sie soll berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln. Wir Jusos wollen, dass alle einen Ausbildungsplatz erhalten. Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine Ausbildung und einen Ausbildungsplatz.

Das duale Ausbildungssystem muss daher weiterentwickelt werden. Den Unternehmen kommt die Pflicht zu, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Dies wollen wir mit einer solidarischen Ausbildungsumlage erreichen, bei der auch die Betriebe die Ausbildungskosten tragen, die nicht selbst ausbilden.

Außerdem wollen wir auch denjenigen den Zugang zur Hochschule und zum Studium ermöglichen, die eine Berufsausbildung absolviert haben.

Studium und Forschung stärken

Jede und jeder muss die Möglichkeit haben, ein Studium erfolgreich abzuschließen. Wir Jusos setzen uns darum für eine Verbesserung der Qualität von Lehre und Forschung ein. Ausreichend Studienplätze müssen geschaffen werden. Verantwortlich für die Hochschulen ist und bleibt der Staat, er muss die Finanzierung sichern. Wir wollen den offenen Zugang zum Studium und den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Ein Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, daher lehnen wir Studiengebühren in jeglicher Form ab. Das BAföG muss unabhängig vom Elterneinkommen gewährt werden.

Forschung und Lehre gehören zusammen, ihre Einheit und ihre Freiheit müssen das Herz der Hochschulen bleiben. Diese sollen das ganze Spektrum von Lehre und Forschung anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften sind ebenso zu fördern wie Natur- und Technikwissenschaften.

Alle, die am Leben der Hochschule beteiligt sind, sollen mitbestimmen. Mitbestimmung hört jedoch nicht bei den Wahlen zum Studierendenparlament auf. Neben der Stärkung bestehender politischer Instrumente, ist es besonders wichtig, Aufgaben und Mitwirkungsrechte dieser Organe zu kommunizieren, um z.B. Erstsemesterstudierende das Bild einer demokratischen Hochschule vermitteln zu können und nachhaltig Interesse sowie die Möglichkeit echter Beteiligung zu erzeugen, um dieses in politische Entscheidungsprozesse umzusetzen. Konkret fordern wir paritätisch besetzte Senate und die Abschaffung der Hochschulräte.

Weiterbildung In der lernenden Gesellschaft

Der gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Wandel stellt die Menschen vor immer neue Herausforderungen – ein Leben lang. Wir Jusos finden, dass ein demokratisches, sozial offenes und durchlässiges Bildungssystem lebenslanges Lernen ermöglichen muss. Deshalb wollen wir ein gesetzliches Recht auf beitragsfreie Weiterbildung durchsetzen.

Die Verantwortung des Bildungssystems fängt deshalb für uns nicht erst in der Grundschule an und endet mit dem Berufsabschluss. Sie beginnt bereits im vorschulischen Bereich und ist mit der Rente noch lange nicht beendet. Der Staat muss Sorge dafür tragen, dass alle Menschen lebenslang und unabhängig von ihrem sozialen oder ökonomischen Hintergrund die Möglichkeit zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe haben. Weiterbildung muss zur vierten Säule im Bildungssystem werden.

Strukturen und Investitionen

„Geld für Bildung ist keins da, bei PISA soll'n wir siegen, doch die Baumkrone wächst nur, wenn die Wurzeln Wasser kriegen.“ (Marian Heuser, „Wurzelbildung“)

Vergangene OECD-Berichte haben eines immer festgestellt: Deutschland liegt bei der Finanzierung von Bildung im Vergleich zu anderen Ländern deutlich zurück. In der Regel werden die Mittel so verteilt, dass es für eine ausreichende Qualität der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen nicht ausreicht. Der Bildungssektor ist bisher konsequent unterfinanziert.

Wir fordern eine sofortige Änderung dieser Situation und wollen, dass zukünftig 10% des Bruttoinlandsprodukts in Bildung investiert wird. Bildung ist teuer, aber Bildung ist auch einer der nachhaltigsten Schätze, den wir unseren Kindern überlassen können. Es muss mehr ins Bildungssystem investiert werden, denn es lohnt sich. Dabei ist uns wichtig, dass das Geld sinnvoll angelegt wird. Es reicht nicht aus, an Hochschulen die Flure mit Flatscreens auszustatten, aber immer noch nicht dafür zu sorgen, dass die Studentinnen und Studenten genügend Platz in den Hörsälen bekommen. Die Qualität der Lehre muss Priorität haben.

Immer wieder erfährt man, dass die Bereitschaft der Politik da ist, in Bildung zu investieren. Warum aber passiert so wenig? Ein besonderer Grund liegt wohl vor allem in dem derzeit bestehenden föderalistischen System, in dem sich jedes Bundesland

eine eigene Schul- und Bildungsstruktur leistet. Wir Jusos lehnen den Bildungsföderalismus ab. Es muss gewährleistet werden, dass der Bund seiner Verantwortung für eine umfassende Bildung für alle nachkommt.

Individuelle Förderung, Ganztagschule, eine gute Ausbildung und Bezahlung von Fachkräften, all dies kostet. Wir sprechen uns dafür aus, dass man sich schnell für deutliche Investitionen in den Bildungssektor entscheidet. Ob im Gegenzug die Einführung einer Steuer z.B. in Form einer Bildungssteuer sinnvoll wäre, gilt es zu prüfen. „Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung- keine Bildung“ sagte John F. Kennedy mal in einer Rede. Es kostet wahrlich, Geld und Aufwand, aber: Die Zukunft wird danken. Packen wir es an!

ANTRAG G5 – FÜR EINE GERECHTE UND NACHHALTIGE UMWELTPOLITIK

Global betrachtet überfordert die heutige Lebensweise unserer industriellen Gesellschaften kontinuierlich die ökologische Belastbarkeit der Erde. Dabei stehen ein menschenwürdiges Leben, der Frieden auf der Welt und nicht zuletzt die Bewohnbarkeit unseres Planeten auf dem Spiel. Ein wachsender Teil der Weltbevölkerung leidet bereits an den Folgen der Erderwärmung. Menschen aus Regionen, in denen schlechte ökologische Bedingungen zu Hunger führen, drängen immer stärker in weniger gefährdete Teile der Welt.

Wir Jusos Münster fordern deshalb ehrliche internationale Verbindlichkeit von Klima- und Umweltabkommen mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten. Nur so kann schnellstmöglich globale Klimagerechtigkeit hergestellt werden, von der alle Menschen auf der Welt profitieren. Eine international bindende Einigung über Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung einer gerechten Umweltpolitik ist deshalb unabdingbar. Dem Klimawandel entschieden zu begegnen, ihn zu begrenzen und aufzuhalten ist daher eine der zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert.

Klimawandel und Umweltschutz nicht ohne soziale Fragen denken

Doch man darf ökologische Veränderungen und Klimawandel nicht nur global betrachten, sondern muss diese komplexen Entwicklungen so konkretisieren, dass deutlich wird, dass jede und jeder direkt betroffen ist. Aber nicht alle Menschen haben dieselben Möglichkeiten, auf sie zu reagieren. Die Auswirkungen und Konsequenzen von Umweltbelastungen treffen sozial schwächer gestellte Menschen in mehrfacher Hinsicht: schlechte Luftqualität (z.B. durch Feinstaubbelastung an viel befahrenen Straßen), hohe Energiekosten (z.B. durch schlecht isolierte Wohnungen), hohe Kosten im Bereich Mobilität (z.B. dadurch, dass günstiger Wohnraum selten zentral in der Stadt liegt), wenige vorhandene Grünflächen (durch zu dicht bebaute Grundstücke) – Menschen, die sozial schwächer gestellt sind, sind von veränderten ökologischen Bedingungen anders und stärker betroffen als die gesellschaftlich Starken.

Deshalb dürfen Klimawandel und Umweltschutz nicht getrennt von anderen Politikbereichen betrachtet werden. Insbesondere aber dürfen sie nicht losgelöst von sozialen Fragen gedacht werden. Wir haben uns dem Grundwert der Gerechtigkeit verschrieben und nehmen ihn ernst: Gerechtigkeit bedeutet auch Umweltgerechtigkeit und ist für uns ein zentrales Anliegen.

Mobilität für alle ermöglichen

Mobilität wird zunehmend wichtiger. Sie ist Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft, fordert aber auch einen hohen Preis: Sie ist der Hauptverursacher von Treibhausgasen. Um in diesem Bereich Klima- und Umweltschutz voranzutreiben, gilt es deshalb, Verkehr und Transport besser zu organisieren. Vor allem der langfristige Ausbau des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) ist uns ein grundlegendes Bedürfnis. Aus diesem Grund befürworten wir auch ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen von 130 Stundenkilometern.

Damit mehr Menschen auf klimafreundliche Weise unterwegs sein können, müssen kontinuierlich Anreize geschaffen werden. Dazu gehören für uns zum Beispiel sozialverträgliche, flächendeckende Beförderungstarife. Zudem müssen immer häufiger werdende Privatisierungen im diesem Bereich verhindert und bereits privatisierte, aber zur Grundversorgung gehörende Vertriebe, wieder verstaatlicht werden.

Erneuerbare Energien jetzt

Wir wollen einen schnellen Wechsel hin zu erneuerbaren Energien! Die Vorteile von erneuerbaren Energieformen liegen dabei für uns klar auf der Hand. Mit ihnen können wir unseren Lebensstandard ressourcen- und umweltschonend aufrechterhalten und unsere natürliche Lebensgrundlage schützen. Konsequente Politik zur Förderung der erneuerbaren Energien hat aber auch eine wirtschaftliche Komponente: Nicht nur sind viele Potenziale, die sie bieten, bislang noch wenig erforscht und genutzt. Im Energiebereich liegen vor allem auch arbeitsmarktpolitische Potenziale, steigt hier doch der Bedarf an Fachkräften stetig an.

Insgesamt befürworten wir eine Kombination verschiedener und vielfältiger Energieformen. Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme sind unerschöpfliche Ressourcen und stellen für uns einen optimalen Mix für eine umfassende Stromgewinnung dar. Wichtig ist uns dabei aber auch, die möglichen Nachteile im Auge zu behalten und zu vermeiden. Aber nicht nur die Produktion soll anders gestaltet werden. Neben der Herstellung von Strom durch erneuerbare Energien legen wir den Fokus auch auf die effizientere Nutzung noch verwendeter Energien. Eine mangelhafte Nutzung ist letztlich nachteilig, da sie bestehende Strukturen unberücksichtigt lässt und damit jedem ökonomischen Prinzip entgegensteht. Neue Energiekonzepte müssen die

effiziente Energienutzung von Grund auf berücksichtigen, sowohl in Hinblick auf Gebäude, Transport als auch bei industriellen Verfahren.

Kernkraft – nein danke

Nicht erst durch die Atomkatastrophe von Fukushima ist klar, dass Kernkraft eine Risikotechnologie ist und bleibt, die niemals hundertprozentig sicher sein kann. Das belegen die vielen meldepflichtigen Störfälle in deutschen Kernkraftwerken, die regelmäßig auftreten. Sie finden jedoch häufig nur wenig Beachtung, da sie durch eine große Lobby marginalisiert werden. Problematisch ist auch die Endlagerung des radioaktiven Mülls, zu dem bis heute noch keine akzeptable Lösung gefunden wurde. Wir sind deshalb der Meinung, dass der Atomausstieg eine richtige und notwendige politische Entscheidung war.

Bei umweltschädlichen Technologien befürworten wir einen sozialverträglichen Ausstieg. Für die Übergangsphase in ein Zeitalter der Erneuerbaren Energien ohne die Nutzung von Kernenergie brauchen wir jedoch weiterhin konventionelle und moderne Kraftwerke. Bei Neubauten sollte hierbei die effizientere Gas- und Dampftechnologie im Vordergrund stehen. Wir befürworten jedoch auch, das beschlossene und bereits in der Bauphase stehende Neubauten von Kohlekraftwerken zu Ende geführt werden können. Bei Kohlekraftwerken - genau wie bei allen großen Bauvorhaben- müssen jedoch zwingend die umweltrechtlichen Bestimmungen eingehalten, die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines ernsthaften Dialogs eingebunden werden und gleichzeitig sichergestellt werden, dass sich die zur Reservevorhaltung benötigten Kraftwerke – unter dem unabdingbaren Vorrang der erneuerbaren Energien – wirtschaftlich betreiben lassen.

Wir setzen uns für die Erhaltung eines Sockelbergbaus in der Bundesrepublik ein. Da die Fortentwicklung der Energieerzeugung aktuell nicht abschließend absehbar ist, brauchen wir weiterhin das Know how, um im Bedarfsfall neue Zechen errichten zu können. Weiterhin ist Bergbautechnologie ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor, insbesondere auf dem internationalen Markt. Dieses Wissen sollten wir nicht aufs Spiel setzen.

Den Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie auflösen

Befragt man Menschen nach ihrer Einschätzung zum Thema Energie, so werden vor allem deren steigende Preise bemängelt. Das kann und darf jedoch nicht der erste

Gedanke sein, mit dem Energie in Verbindung gebracht wird! Strom, Wasser und Wärme müssen für jeden und jede bezahlbar bleiben. Sozialtarife müssen flächendeckend angeboten werden.

Um langfristig hohen Energiepreisen entgegenzuwirken, müssen Monopolstellungen von Energiekonzernen vermieden werden. Gleichzeitig muss aber auch die kommunale Autonomie zur Energieversorgung strukturell gefördert und unterstützt werden. Dazu gehört für uns, Strom- und Gasnetze in öffentliche Hand zu überführen und die Erzeugung und den Vertrieb von Energie zu trennen. Erst durch diese Maßnahmen kann erreicht werden, dass jeder neue Anbieter die gleiche Chance besitzt, sein Produkt am Markt anzubieten. Dieser Wettbewerb wiederum schafft eine transparentere Energieauswahl zugunsten der Konsumentinnen und Konsumenten.

Wir wollen nicht, dass das Thema Energie in der Hand privater Investoren bleibt. Energie darf nicht zum Luxusprodukt werden. Die Menschen müssen ihre Freiheit behalten, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Lebensweise klimafreundlicher gestalten können. Der eigene Geldbeutel darf ihnen diese Entscheidung dabei nicht abnehmen.

Ein zentrales Anliegen ist uns außerdem, dass wirtschaftliche Interessen nicht mit ökologischem Bedarf aufgewogen werden. Wir wollen auf Wachstum und Wohlstand nicht verzichten, sehen aber die Notwendigkeit, Unternehmen verstärkt in die Pflicht zu nehmen, bei ihren Produkten auf niedrigeren Verbrauch und nachwachsende Rohstoffe zu setzen. Ökonomie und Ökologie stellen dabei für uns keine Gegensätze dar, vielmehr muss eine Vereinbarkeit beider Perspektiven erreicht werden. Dies kann aber nur dadurch geschehen, dass Unternehmen ihre eigene Verantwortung akzeptieren und diese in Unternehmensentscheidungen mit einfließen lassen. Das ausschließliche Streben nach Gewinnen ist eine kurzsichtige und unbeständige Variable, die weiteres ökonomisches Potenzial von Ökologie, wie etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen, verkennt und unberücksichtigt lässt. Wachstum muss deshalb von Energie- und Ressourcenverbrauch weitestgehend abgekoppelt werden.

Nachhaltigkeit als grundlegendes Prinzip

Wir setzen politisch und wirtschaftlich auf das Prinzip der Nachhaltigkeit. Eine nachhaltige Politik kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie nicht gegen die Interessen der Menschen arbeitet. Alle Menschen und Generationen haben das gleiche Recht auf Zugang zu Energie und Ressourcen! Es müssen Möglichkeiten und Anreize für einen nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen geschaffen werden.

Alle Menschen haben aber auch die Aufgabe, ihren persönlichen Lebensstil in Bezug auf Mobilität, Bauen und Wohnen, Konsum und Verbraucher- und

Verbraucherinnenverhalten im Hinblick auf Klima- und Umweltschutz zu überprüfen. Dafür unterstützen wir eine aktive, gezielte und zielgruppengerechte Umweltbildung, die an das Bewusstsein jeder und jedes Einzelnen appelliert. Umweltverbände sollen dafür verstärkt als Partnerinnen und Partner an unserer Seite stehen. Zudem wollen wir Anreize für klima- und umweltbewusstes Handeln setzen. Dazu zählen beispielsweise öffentlich geförderte Sanierungsprogramme oder die Förderung häuslicher Solarenergiegewinnung.

Nachhaltiges Handeln heißt für uns, von einem Bedarf der Zukunft auszugehen, sodass eine solidarische, gerechte und die Freiheit berücksichtigende Lebensweise für alle Menschen möglich ist.

Respekt vor der Natur

Wir wollen die Natur in ihrer Vielfalt und ihrem Artenreichtum bewahren und den menschlichen Flächenverbrauch deutlich vermindern, um mehr qualitativen Raum für Erholung und Muße zu erhalten. Dabei ist es auch wichtig die ökologische, biologische Landwirtschaft zu fördern, denn nur so ist ein nachhaltiger und schonender Umgang mit unserer Umwelt möglich. Natur besitzt für uns einen Eigenwert, umfasst aber nicht nur den Menschen, sondern auch die Pflanzen- und Tierwelt. Deshalb verpflichten wir uns zum pfleglichen Umgang mit Pflanzen und Tieren, insbesondere auch dort, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus folgt. Der Respekt vor der Natur kommt auch gerade im Tierschutz zum Ausdruck. So muss sowohl in der Heimtierhaltung, in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, bei Zucht, Transport und Schlachtung der Tiere eine würdevolle und artgerechte Behandlung der Tiere durchgesetzt werden. Gleiches gilt selbstverständlich auch im Umgang mit Wildtieren oder Tieren in Zoos, Zirkussen oder ähnlichen Anlagen. Außerdem sind Tierversuche, soweit es möglich ist, unbedingt zu vermeiden.

ANTRAG G6 – DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Münster sind Teil eines linken internationalistischen Verbandes – internationalistisch sowohl was die parteiliche als auch die staatliche Organisation anbelangt.

Wir unterstützen eine Außenpolitik, deren Ziel es ist, weltweit Konflikte zu verhindern, Frieden zu schaffen und Wohlstand für alle zu mehren. Diese Politik soll durch die Prinzipien der Verständigung, der internationalen Solidarität und der gemeinsamen Sicherheit durch Kooperation geleitet werden. Viele Probleme (wie der Klimawandel oder der steigenden Kluft zwischen arm und reich) sind nur noch global zu lösen, so dass der internationalen Arbeit eine große Bedeutung zu kommt.

Für uns ist klar: Internationales Engagement muss sich immer an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und darf sich nicht wirtschaftlichen (Macht-)Interessen unterordnen.

Für eine wertegeleitete Außenpolitik

Außenpolitik muss wertegeleitet sein. Sie muss von dem Glauben an die Unteilbarkeit und universelle Geltung der politisch-individuellen und sozialen Menschenrechte bestimmt sein. Das ist internationale Solidarität: Außenpolitik darf nicht nur interessengeleitet sein, sondern muss sich an gewissen Normen, Werten und Ideen wie der Durchsetzung und dem Schutz von Menschenrechten orientieren, auch wenn dies keinen direkten oder indirekten materiellen Nutzen stiftet. Die Würde des Menschen muss immer im Mittelpunkt politischer Entscheidungen stehen.

Für internationale Zusammenarbeit

Wir wissen, dass unsere Ziele und die Lösung von globalen Problemen nicht durch einzelstaatliches Handeln erreicht werden können. Daher ist bei sämtlichem außenpolitischem Handeln nach internationaler wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit zum Wohle aller zu streben. Denn: die langfristigen gemeinsamen Interessen sind von höherer Bedeutung als kurzfristige nationalstaatliche Einzelinteressen.

Für ein starkes Europa in der Welt

Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union ist hierfür das beste Beispiel! Die Europäische Union ist unsere Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung, einem Phänomen, in dem Grenzen an Bedeutung verlieren und Nationalstaaten nicht mehr vollumfänglich handlungsfähig sind. Doch ist uns bewusst, dass die Integration in der Europäischen Union noch weiter voranschreiten muss. Langfristig gehört die Außen- und Sicherheitspolitik in die alleinige Verantwortung der Europäischen Union.

Die Jusos Münster fördern die Zusammenarbeit mit überparteilichen, pro-europäischen Organisationen, die sich für ein soziales, solidarisches und gerechtes Europa einsetzen.

Für eine Weltinnenpolitik

Internationale Zusammenarbeit darf nicht vor den Grenzen Europas Halt machen. Wir befürworten das Prinzip des global governance, insbesondere in Form der Vereinten Nationen. Obgleich wir ihre vielen Errungenschaften hoch anerkennen, sehen wir, dass die Vereinten Nationen einiger Reformen und vor allem der Demokratisierung bedürfen: vor allem das Vetorecht im VN-Sicherheitsrat gehört abgeschafft. Es ist darauf hinzuwirken, dass die Staaten der Europäischen Union ihre Sitze im Sicherheitsrat zu Gunsten eines gemeinsamen, einzigen europäischen Sicherheitsratssitzes aufgeben. Den Staaten Asiens und vor allem Afrikas ist ein größeres Gewicht einzuräumen.

Auch internationale Institutionen und Organisationen müssen dem Prinzip der Unteilbarkeit und universellen Geltung der Menschenrechte verpflichtet sein.

Deutschland als Friedensmacht

Angriffs- und Präventivkriege lehnen wir ab. Militärische Einsätze dürfen nur gestattet werden, wenn sie durch das Völkerrecht gedeckt, die Anwendung militärischer Gewalt verhältnismäßig ist, eine parlamentarische Zustimmung vorliegt und sie eine massive Verletzung der Menschenrechte verhindern.

Frieden verstehen wir nicht nur als die bloße Abwesenheit von Gewalt. Frieden kann nur in einer freien, demokratischen, solidarischen und gerechten Gesellschaft existieren. Frieden in der Welt ist nicht durch Aufrüstung und Abschreckung zu erreichen. Atomare, biologische und chemische Waffen müssen international geächtet, dem weltpolitischen Ur- und Naturzustand des Denkens in Großmacht Konkurrenzen,

Expansionsgelüsten und wackligen Gleichgewichten entgegengewirkt werden. Wir drängen auf ein Stationierungsverbot von Atomwaffen in Europa. Waffenexporte sind nur unter strengsten menschenrechtspolitischen Bedingungen und durch eine demokratische Kontrolle zu gewähren. Wir setzen auf eine Entspannungspolitik des multilateralen Dialogs und der wirtschaftlichen und zivilen Zusammenarbeit zur gegenseitigen Vertrauensbildung.

Wir wollen Konflikten durch eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimapolitik und eine gerechte Weltwirtschaft- und Handelsordnung vorbeugen.

Besonders im Fokus: der Nahostkonflikt

Diese Prinzipien möchten wir auch im Nahen Osten umsetzen. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist allgegenwärtig und beeinträchtigt die Lebensumstände der Menschen in erheblichem Maße.

Um im positiven Sinne und nachhaltig auf die israelische und palästinensische Zivilgesellschaften einwirken zu können, haben die Jusos gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen Young Labor, Young Meretz und Shabebee Fatah das Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem gegründet. Dieses dauerhafte Projekt bildet die Basis für Frieden schaffendes Engagement im Sinne der doppelten Solidarität. Diese bedeutet für uns Jusos, dass wir selbstverständlich für das Existenzrecht Israels und die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber der israelischen Gesellschaft eintreten. Gleichzeitig setzen wir uns aber auch für die Einhaltung internationaler Rechtsnormen, insbesondere der Menschenrechte, und die Umsetzung der entsprechenden UN-Resolutionen gegenüber dem israelischen Staat ein. Für uns ist nur die Zwei-Staaten-Lösung mit einem palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 eine akzeptable Lösung des Konflikts. Die Besatzung und Besiedlung der palästinensischen Gebiete müssen, auch im Sinne der Sicherheit und des Wohlstands der israelischen Bevölkerung, beendet werden.

Mit Hilfe des Willy-Brandt-Zentrums konnten wir eine trilaterale Dialogbasis schaffen, an der sich junge EntscheidungsträgerInnen aus unseren Partnerorganisationen beteiligen. Hier können wir gemeinsam politische Lösungsstrategien erarbeiten und gleichzeitig in den jeweiligen Organisationen ein Bewusstsein für die erforderlichen Maßnahmen schaffen.

Dies soll in beiden Gesellschaften Vertrauen in die jeweils „andere Seite“ schaffen und die Akzeptanz für friedenspolitische Maßnahmen stärken. Nur so kann ein Friedensprozess entstehen, der erfolgreich beendet werden kann.

Vielfalt als Reichtum schätzen

Anderen Völkern begegnen wir mit Freundschaft, Offenheit und Respekt. Zum kulturellen Erbe der Menschheit haben viele Zivilisationen ihren Beitrag geleistet. Denjenigen, die einen Kampf der Kulturen beschwören, erteilen wir eine klare Absage. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben für die Völkerverständigung eine hohe Bedeutung. Wir verstehen uns als Partner des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Nichtregierungsorganisationen und anderer Institutionen, die immer wieder den Blick auf internationale Konflikte lenken und Lösungsansätze entwickeln. Es ist unsere Aufgabe diese Vorschläge aufzunehmen, zu diskutieren und in politisches Handeln umzusetzen.

Auch ist es wichtig, solche Organisationen und gesellschaftlichen Akteure direkt in offizielle, internationale Entscheidungsprozesse einzubinden. Ansätze finden sich zum Beispiel am Vorgehen des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen, der es internationalen Nichtregierungsorganisationen ermöglicht, einen sogenannten Konsultativstatus zu erlangen. Diese Möglichkeiten gilt es vermehrt und umfassender zu realisieren.

Für eine gemeinsame, weltweite sozialdemokratische Außenpolitik

Parteiorganisatorisch unterstützen wir eine stärkere Rolle der Sozialistischen Internationale als transnationales und politikfähiges Bündnis sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien in der Welt. Parteien der Sozialistischen Internationale dürfen nicht nur dem Namen nach sozialistisch oder sozialdemokratisch sein, sondern müssen dies durch praktisches, an den Werten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität geleitetes Handeln in Regierung und Opposition unter Beweis stellen. Tun sie dies nicht und handeln sie diesen Werten zuwider oder sind sie sogar an Menschenrechtsverletzungen beteiligt, darf dies von den sozialistischen und sozialdemokratischen Schwesterparteien nicht stillschweigend hingenommen werden. In besonders schwerwiegenden Fällen darf auch nicht gezögert werden Parteien aus der Sozialistischen Internationale auszuschließen und die Zusammenarbeit einzustellen. Die Parteien der Sozialistischen Internationale sollen eine gemeinsame sozialdemokratische außenpolitische Vision entwickeln und besonders in Zeiten der Regierungsverantwortung gemeinschaftlich zur Verwirklichung dieser zusammenarbeiten.

ANTRAG G7 – EUROPA SOZIAL UND DEMOKRATISCH GESTALTEN

In der Tradition des Heidelberger Programms der SPD von 1925 unterstützen wir Jusos Münster Bestrebungen zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Ein vereinigtes Europa, welches die unterschiedlichen Regionen, Kulturen und Religionen als Reichtum versteht und für eine Einigung in Vielfalt steht. Wir wollen ein mehr an Europa, welches auf unseren Grundwerten der Gleichheit, Freiheit und Solidarität gründet. Es muss die Antwort auf die Globalisierung sein und dem zunehmenden entfesselten Kapitalismus die Stirn bieten.

Auch wenn die Europäische Union uns in den letzten Jahrzehnten Wohlstand, Frieden und Freiheit gebracht hat, hat der Neoliberalismus auch vor der EU nicht Halt gemacht. Viele Politiken wurden durchgesetzt, die sich nicht an den Bedürfnissen ihrer Bürgerinnen und Bürger orientiert haben. In vielen Politikfeldern – wie beispielsweise der Handelspolitik – ist sie durchzogen von neoliberalen und marktradikalen Ideen, die mit unserem Verständnis einer solidarischen und gerechten EU nicht zu vereinbaren sind. Daher wollen wir Europa sozial und demokratisch weiterentwickeln. Europa ist für uns eine große, unfertige, kostbare, lebendige Angelegenheit. Wir stehen für ein Mehr an sozialem, solidarischem und gerechtem Europa.

Unser Ziel ist eine Europäische Union, die es schafft, Politik zu Gunsten ihrer Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten und niemanden zurück lässt.

Soziale Standards – wie ein europäischer Mindestlohn, der sich am Durchschnittseinkommen des jeweiligen Landes orientiert - für ihre Bürgerinnen und Bürger müssen genauso garantiert werden, wie eine gemeinsame Wirtschafts- und Steuerpolitik im Interesse der Menschen.

Auch darf die Politik der EU keine negativen Auswirkungen auf andere Länder dieser Welt haben.

Die EU muss sich der dem Europarat zugrundeliegenden Wertetrias aus Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verschreiben und die Arbeit des Europarates fördern.

Für ein demokratisches Europa

Allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern sollen demokratische Mitwirkungsrechte gegeben werden. Dazu muss das Europäische Parlament gestärkt werden. Eine europäische Regierung soll ihm verantwortlich sein, es muss das Recht zur

Gesetzesinitiative sowie die volle Budgethoheit besitzen und in einem föderalen Europa gleichberechtigt mit den Nationalstaaten an der europäischen Gesetzgebung beteiligt sein. Die Werte der Demokratie sind in Europa aber leider noch keine Selbstverständlichkeit. Wenn in Mitgliedstaaten der Europäischen Union demokratische Rechte beschnitten werden, darf dieses nicht einfach akzeptiert werden. Vielmehr rufen wir die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten dazu auf in solchen Fällen deutlich zu machen, dass der demokratische Weg den die Staaten der Europäischen Union nach zum Teil Jahren der Diktatur eingeschlagen haben nicht verlassen werden darf. Besonders aber auch die Institutionen der Europäischen Union müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und im Rahmen der EU-Verträge gegen demokratieverletzende Gesetze in den Mitgliedstaaten vorgehen.

Posten in der EU dürfen nicht zum Abstellgleis für unliebsame Politiker verkommen.

Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas zu einer Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln. Daran wirken wir Jusos Münster vor Ort mit, indem wir unsere bestehenden Partnerschaften mit parteilichen Jugendorganisationen in Europa pflegen und ausbauen. Zudem setzen wir uns weiterhin für ein starke European Community Organisation of Socialist Youth (ECOSY) ein.

Wir fordern, dass die Sozialdemokratische Partei Europas ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm für Europa erarbeitet und mit einem gesamteuropäischen Spitzenkandidaten und europäischen Listen zu den Wahlen zum Europäischen Parlament antritt. Der Präsident der Europäischen Kommission soll vom Europäischen Parlament gewählt werden.

Ein demokratischeres Europa bedeutet auch ein Mehr an Transparenz und Legitimation. Ein Mangel an Durchsichtigkeit und Verständlichkeit ist mit ein Grund dafür, dass Europaskepsis Auftrieb erhält. Indem wir die Europäische Union bürgernaher und an den richtigen Stellen basisdemokratischer machen, machen wir sie offener, nachhaltiger und erfolgreicher.

Für ein soziales Europa

In der Sozialpolitik müssen der Europäischen Union mehr Kompetenzen zugesprochen werden. Die Europäische Union muss zur europäischen Sozialunion werden. Diese Sozialunion schafft verbindliche europäische Regeln und Standards, die nicht unterschritten werden dürfen. Einen Konkurrenzkampf zwischen den Ländern, der zum Standortwettbewerb wird und auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird,

dulden wir Jusos Münster nicht. Einen Abbau von Sozialstaatlichkeit ist nicht hinzunehmen.

Sozialstandards, Lohnniveaus und Steuern müssen in Europa harmonisiert werden, um einen Wettlauf nach unten zu vermeiden. Eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung muss diese Maßnahmen koordinieren und umsetzen. Zudem fordern wir einen europäischen Mindestlohn, der mindestens über 60% des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Landes liegt.

Europäische Gewerkschaften und Betriebsräte müssen weiter gestärkt werden und handlungsfähiger gemacht werden. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich auch auf europäischer Ebene für den Schutz der Beschäftigten einsetzen. Dazu gehört es auch, dass europäische Tarifverträge möglich gemacht werden, an die sich alle Unternehmen, die in der EU tätig sind, zu halten haben.

Für mehr Europa

Die europäische Integration muss unter Wahrung der Subsidiarität noch weiter gehen. Auch zeigt uns die jüngste Schulden- und Finanzkrise, dass die Integrität von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Europa bedroht ist. Der gemeinsame Kitt bröckelt. Eine Rückbesinnung auf die Grundwerte muss deshalb in allen drei Komponenten erfolgen. Wir stehen zu einem solidarischen Europa. Wir stehen für den Euro und wir stehen für eine tiefere Integration der gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in der Europäischen Union. Die Finanzkrise kann Chance und Hindernis für die Europäische Integration sein. Wichtig ist daher auch, dass die Bürgerinnen und Bürger sich mit der Europäischen Union identifizieren können. EU ist mehr als eine gesichtslose Bürokratie und mehr als Krise – sie spielt im Alltag der Menschen eine große Rolle. Das vereinte Europa müssen wir leben, Leidenschaft für ein Europa in der Welt des 21. Jahrhunderts entwickeln. Der Ausschluss eines oder mehrerer Länder aus der Eurozone kann keine Option sein. Die Eurostaaten müssen vielmehr in Solidarität zueinander stehen. Deutschland muss hier seine Verantwortung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in der Eurozone anerkennen.

Auch geht der Einsatz für die Einführung der Finanztransaktionssteuer von 0,05% in der EU und langfristig in der ganzen Welt weiter. Die Einnahmen dieser Steuer können wiederum Investitionen in ein soziales Europa möglich machen.

Europäische Solidarität muss Maxime sozialdemokratischer Europapolitik sein. Die Jusos Münster stehen auch zu einer übergreifenden Gerechtigkeit. Die Vergesellschaftung von Schulden, Fehlern und faulen Geschäften darf nur eine kurzfristige Lösung sein, um Schaden von allen Menschen abzuwenden. Die Schicksale

von Staaten in Europa sind eng miteinander verknüpft. Wir profitieren von der Stärke des anderen und leiden unter seiner Schwäche. Auch schweres Misserfolg darf aus diesen europäischen FreundInnen keine Fremden machen. Gleichsam ist Disziplin die Kehrseite von Solidarität: Jene Solidarität darf sich nicht zum Schaden Vieler und zum Vorteil Weniger entwickeln. Wir fordern daher, dass der Gesellschaft zurückgegeben wird, was sie verliehen hat: Wer viel geben kann der hat seinen Teil beizutragen. So wie das Allgemeinwesen in Krisenzeiten zum Beispiel für die Unternehmen durch Staatshilfen und Lohneinbußen haftet so stehen diese in besseren Zeiten in der unbedingten Pflicht, diese Hilfe und das in sie gesetzte Vertrauen wieder zurückzuzahlen. Wichtig für eine geordnete Lösung der Probleme ist ein Handeln aus dem Willen heraus, nicht aus der Notwendigkeit, nicht aus der Getriebenheit heraus.

Wir begrüßen ausdrücklich Bestrebungen zur De-Nationalisierung und Europäisierung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa. Langfristig wollen wir eine/n europäische/n AußenministerIn und eine gemeinsame europäische Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss.

Dazu gehört auch, dass die EU einen gemeinsamen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bekommt und Frankreich und England ihre nationalen Sitze aufgeben. Darüber hinaus muss auch Deutschland seine Bestrebungen für einen eigenen nationalen Sitz im Sicherheitsrat zugunsten der gemeinsamen europäischen Außenpolitik aufgeben, sein Wirken innerhalb der so genannten G4-Gruppe – bestehend aus Japan, Brasilien, Indien und Deutschland – wird in den Dienst der Reform der Vereinten Nationen gestellt oder gänzlich beendet.

Um Europa für junge Menschen erfahrbar zu machen und unsere gemeinsame europäische Identität zu stärken, setzen wir uns dafür ein, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, in Austauschprogrammen oder Jugendbegegnungen den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen.

Für eine wertegeleitete europäische Außen-, Sicherheits- und Erweiterungspolitik

Die Europäische Union muss eine Friedensmacht sein, deren Stärke sich nicht aus militärischen Imperialismusgehebe, sondern aus Diplomatie, Dialog, Ausgleich und Verständigung speist. Alle europäische Politik – Innen- und Außenpolitik - muss wertegleitet von dem Glauben an die Unteilbarkeit und universelle Gültigkeit der Menschenrechte agieren. Für Freiheit, Frieden, Recht und Wohlstand, für Vielfalt, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir setzen uns dafür ein, dass Staaten, die sich europäischen Werten verpflichtet fühlen und die willens und fähig sind, die Beitrittskriterien zu erfüllen, der Europäischen Union beitreten können. Wir befürworten einen EU-Beitritt der Türkei.

Die Europäische Union ist Sehnsuchtsort für Millionen von Menschen. Jährlich riskieren tausende von Flüchtlingen ihr Leben, um in die Europäische Union einzureisen. Diesen Menschen muss Zuflucht und ein faires Asylverfahren in Europa gewährt werden! Das Flüchtlingsregime gemäß Dublin-II ist abzuschaffen und die Lasten der Flüchtlingspolitik sind solidarisch auf die gesamte Union zu verteilen. Die Grenzschutzagentur Frontex muss von einer Abwehrgruppe zu einer zivilen Hilfsagentur werden, die Flüchtlinge aufnimmt, sie versorgt und ihr Asylverfahren einleitet. Wir stellen uns gegen die Abschiebepolitik der europäischen Regierungen. Für uns steht fest: Kein Mensch ist illegal. Abschiebungen in Regionen, die von Verfolgung, Krieg und Folter, aber auch Hunger und Armut geprägt sind, verurteilen wir als unmenschlich.

Durch wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit soll die EU dazu beitragen, dass die Fluchtgründe in Anrainerstaaten der Union beseitigt werden.

Europa ist unser Garant für Freiheit, Frieden, Recht, Wohlstand, Vielfältigkeit, Gerechtigkeit und Solidarität.

1. Das System, in dem wir leben

Spätestens seit Ende des Kalten Krieges ist das kapitalistische System das weltweit dominante. Systemalternativen scheinen nach dem Zusammenbruch des sogenannten realexistierenden Sozialismus diskreditiert. Gewinnmargen, Börsenkurse und shareholder value sind die entscheidenden Größen, an denen sich ökonomische Entscheidungen orientieren. Wohlstand wird am Wachstum gemessen. Wachstum wird in diesem System allein als monetärer Profit und Ausweitung von Wirtschaftskraft verstanden.

Die Geschichte des Kapitalismus ist aber auch die Geschichte von Krisen, geplatzten Träumen und großen gesellschaftlichen Verwerfungen. Depressionen, Arbeitslosigkeit, Börsencrashes sind keine singulären Ereignisse in diesem System, sondern in seiner Struktur angelegt. Dass fallende Börsenkurse ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen und Zocker versuchen, mit dem Wetten auf alles und jeden kurzfristige Gewinne einzufahren, erleben wir in der aktuellen Krise hautnah. Und ein weiteres zeigen diese Entwicklungen: Das Primat der Politik gilt in diesem System nicht. Vielmehr orientieren sich politische Entscheidungen zunehmend an ökonomischen Entwicklungen und vermeintlichen Imperativen der Märkte.

Politik, Gesellschaft, nahezu alle Lebensbereiche sind einer vollständigen Ökonomisierung unterworfen. Allein Profit und Leistung zählen heute. Soziale und ökologische Folgen ökonomischer Entscheidungen bleiben ausgeblendet. Ebenso der Gedanke internationaler Solidarität als Leitlinie globalen ökonomischen Handelns. Von Gemeinwohlorientierung ist bei den Akteuren der Märkte keine Spur. Arbeit scheint keinen eigenen Wert mehr zu haben. Sie wird schlecht bezahlt und gilt in der wirtschaftlichen Betrachtung lediglich als eine Größe, die sich mit anderen zu Produktionskosten summiert und damit Gewinnspannen begrenzt. So spielen niedrige Löhne und Sozialabgaben eine ganz entscheidende Rolle bei Standortentscheidungen. Soziale Infrastruktur und Absicherung werden eher als profitbedrohend wahrgenommen anstatt sie als Standortvorteil zu begreifen. Und die Entscheidungen werden von wenigen getroffen, die über einen großen Teil des gesellschaftlichen Wohlstands verfügen. Die Verteilung des Wohlstands und der Teilhabe in diesem System ist extrem ungerecht.

Die Marktwirtschaft hat sich zu einer Marktgesellschaft entwickelt, in der die gesellschaftliche Teilhabe nicht an den sozialen Staatsbürgerstatus sondern an die individuelle Kaufkraft gebunden ist.

Die Politik hat sich seit geraumer Zeit von der Vorstellung verabschiedet, auf diese wirtschaftlichen Entwicklungen echten Einfluss zu nehmen. Getreu der Devise "Privat vor Staat" werden öffentliche Leistungen reduziert oder outgesourct und damit öffentliche Einflussnahme aufgegeben. Der neoliberalen Hegemonie sind selbst Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefolgt. Auch in ihrer politischen Verantwortung wurden europaweit staatliche Leistungen zurückgefahren und gesellschaftlich relevante Bereiche Zug um Zug den freien Kräften der Märkte überlassen. In der Krise steht die Politik nun oft ratlos da und sucht nach Ansatzpunkten zur politischen Gestaltung, derer sie sich selbst im Zuge von Deregulierung, Privatisierung und Entstaatlichung beraubt hat. Wirtschaftspolitische Instrumente, die sich bereits als funktional erwiesen hatten, wurden aufgegeben, weil sie nicht in das Konzept der allseits propagierten Angebotsorientierung zu passen schienen. Es mangelt an echten alternativen ökonomischen Konzepten im politischen Mainstream.

2. Unsere Vorstellung eines gerechten und solidarischen Systems

Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten geben wir uns nicht mit dem System zufrieden, in dem wir derzeit leben. Wir haben eigene Vorstellungen von wirtschaftlichem Handeln, dass sich an unseren Grundwerten und am Gemeinwohl orientiert und damit einen Beitrag leistet zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft und das auf Nachhaltigkeit setzt anstatt das Augenmerk allein auf die eigenen kurzfristigen Vorteile zu richten.

Wir kämpfen für ein System, das den Menschen nicht zum Getriebenen von Profit- und Leistungsstreben und einem Diktat der Märkte macht, sondern jede Einzelne und jeden Einzelnen gemäß ihren/seinen Fähigkeiten und Vorstellungen am System teilhaben lässt. Das setzt umfassende soziale Schutzmechanismen ebenso voraus wie demokratische Mitsprache auch bei ökonomischen Entscheidungen. Wir stehen für betriebliche Mitbestimmung, die nicht nur ArbeitnehmerInnenrechte vertritt, sondern auch an Investitionsentscheidungen teilhat. Auch die Machtverteilung in unserem System ist eine gerechtere als die des jetzigen Systems. Wir befürworten daher Genossenschaftsmodelle. Und nach unserem Verständnis hat Arbeit auch einen Wert an sich für die/den Werk tätigen und hat nicht allein den unternehmerischen Gewinnzielen zu dienen.

Wohlstand bedeutet für uns nicht nur wirtschaftliches Wachstum. Gesellschaftlicher Wohlstand umfasst auch soziale Teilhabe und eine gerechte Verteilung des Wohlstands innerhalb der Gesellschaft. Wohlstand darf nicht allein an Wachstum

gemessen werden, sondern muss auch Ressourcen, Arbeitsaufwand, Nachhaltigkeit und Schäden an der Umwelt, Infrastruktur wie auch andere Leistungen, die im sozialen Sektor geleistet werden, aufgreifen. Ökonomische Entscheidungen müssen zudem soziale und ökologische Folgen mit beachten. In unserer globalisierten Welt müssen sie sich außerdem auch am Leitgedanken der internationalen Solidarität orientieren.

In unserem System wollen wir politisch Einfluss nehmen auf das Wirtschaftsleben. Es braucht politische Handlungsmöglichkeiten, um Fehlentwicklungen der Märkte entgegenzutreten zu können, um unverantwortliches Zocken zu unterbinden und für eine Umverteilung von Macht und Wohlstand zu sorgen. Für uns gilt das Primat der Politik. Sie setzt demokratisch legitimiert die Regeln, nach denen das wirtschaftliche System funktioniert. Der Staat hat zudem dafür Sorge zu tragen, dass zentrale Infrastruktureinrichtungen für alle zugänglich sind. Eine Vielzahl von Leistungen der Daseinsvorsorge muss daher aus den Mechanismen der Märkte herausgehalten werden. Daher stemmen wir uns gegen den anhaltenden Trend der Privatisierung öffentlicher Leistungen.

Wir sind davon überzeugt, dass im gegenwärtigen System mit Hilfe nachfrageorientierter Instrumente Fehlentwicklungen und Verwerfungen entgegenzutreten werden kann. Das heißt unter anderem, dass wir uns stark machen für eine Lohnpolitik, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht länger gängelt und ihre berechtigten Forderungen mit fadenscheinigen Marktargumenten zurückweist.

Wir bieten wirtschaftspolitische Vorstellungen an, die den Weg für eine Alternative zum derzeitigen kapitalistischen System bereiten. Diese Vorstellungen wollen wir auch gesellschaftlich diskutiert sehen und damit den neoliberalen Mainstream brechen. Das bedeutet für uns, dass wir in den Dialog mit unseren BündnispartnerInnen treten. Das bedeutet aber zum Beispiel auch, dass alternative Wirtschaftskonzepte Teil der Lehrpläne werden müssen.

**ANTRAG W1 – FREIHEIT BEWAHREN, VORRATSDATENSPEICHERUNG
ABLEHNEN**

Wir lehnen die Wiedereinführung einer anlasslosen, grundsätzlichen Vorratsdatenspeicherung ab. Eine großflächig eingesetzte technische Infrastruktur zur Überwachung und Speicherung von Telekommunikationsdaten passt nicht in unser Bild einer modernen und solidarischen Gesellschaft.

Wir sehen in einer solchen Maßnahme keine belegbaren Vorteile für die Strafverfolgung, gleichzeitig jedoch massive Gefahren für die solidarische Gesellschaft. Deswegen lehnen wir auch die vermeintliche Kompromisslösung einer verkürzten Speicherfrist ab, da diese die Kernprobleme der Vorratsdatenspeicherung nicht ansatzweise lösen.

Wir sind maßlos enttäuscht über den Beschluss des Bundesparteitages der SPD im Dezember 2011 und fordern die SPD-Landtagsfraktion NRW, die SPD-Bundestagsfraktion, den SPD-Landesverband NRW, den SPD-Bundesverband und die sozialdemokratischen Mitglieder der SPD-Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich gegen eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung jeglicher Art in Deutschland auszusprechen und entsprechende Gesetzesinitiativen abzulehnen und auf europäischer Ebene für eine Überarbeitung der Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung einzutreten, um die Mitgliedsstaaten von der Überwachungspflicht zu befreien und gleichzeitig Überwachungsexzesse, wie sie in anderen EU-Staaten stattfinden, zu beschränken.

ANTRAG W3 – SCHULISCHE PRAKTIKA STRÄKEN UND VERBESSERN

Derzeit machen Schülerinnen und Schüler – abweichend je nach Schule, Schulform und Bundesland – in der gesamten Schulzeit ein zweiwöchiges Praktikum. Diese Praktika sind meist Betriebspraktika und sollen der Berufsorientierung dienen. Faktisch ist dies aber oft nicht der Fall, denn verschiedene Probleme stellen sich den PraktikantInnen in den Weg und machen es daher nicht immer einfach, ein solches schulisches Praktikum abzuleisten:

- Fehlende oder nicht ausreichende inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Praktika (keine konkrete didaktische Bearbeitung der Situation von Praktikantinnen und Praktikanten, ungenügende Betreuung, unzulängliches Erkennen und Nutzen der im Praktikum gemachten Erfahrungen seitens der Schulfächer bzw. Einbindung in den Lernprozess findet nicht statt, Praktikum als außerunterrichtliche Sonderveranstaltung ohne Anbindung).

- Betriebswahl kann Berufswahl überproportional beeinflussen, da sich Betriebe im Nachhinein oft als ungeeignet erweisen. Bei einem einmaligen, zeitlich stark begrenzten Praktikum können solche einzelne, punktuell negative Erfahrungen nicht relativiert werden.

- Den Schülerinnen und Schülern mangelt es an Möglichkeiten fehlende Zukunftspläne unter fachkundiger Anleitung und im passenden Rahmen aufzuarbeiten. Gerade in Zeiten des „Turbo-Abiturs“, wenn Jugendliche unter oder mit knapp achtzehn Jahren auf den Abschluss ihrer schulischen Erstausbildung zusteuern, müssen ihnen Perspektiven aufgezeigt werden, ihnen Möglichkeiten zur Orientierung geboten werden. Das kann nicht in zwei oder gar in nur einer Woche geleistet werden.

- Die Schülerinnen und Schüler werden ohne eine von Kriterien geleitete Auswahl, nur um des Ableistens des Praktikums willen, auf alle Betriebe, die es im Einzugsgebiet der Schule gibt, verteilt.

Diese mannigfaltigen Probleme und Erschwernisse kreieren im Schulalltag ein negatives Bild von Schulpraktika: Schülerinnen und Schüler zeigen sich wenig überzeugt vom Konzept eines schulischen Praktikums oder kommen enttäuscht aus ihrem Praktikum zurück. Daher muss es an allen Schulformen verbesserte und längere Betriebspraktika geben.

Neben Betriebspraktika müssen auch soziale, ökologische und kulturelle Praktika angeboten werden, um soziale Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern und auch alternative Berufswege aufzuzeichnen. Soziale Kompetenzen, Hinführung zum Ehrenamt, Informationen zu Freiwilligen Jahren des Engagements, das sollte Dreh- und Angelpunkt eines Gesellschaftspraktikums in Schulen sein. Flächendeckend werden Gesellschaftspraktika nicht durchgeführt. Das sollte sich ändern! Hat man bei einem solchen Praktikum die Möglichkeit die Gesellschaft verantwortungsvoll mitzugestalten und sozial schwächer Gestellten zu helfen. Ein soziales Praktikum kann zu mehr Hilfsbereitschaft führen und das verantwortliche gesellschaftliche Zusammenleben sichern. Auch werden Hemmschwellen, Vorurteile und Berührungängste abgebaut. Durch ein gesellschaftliches Praktikum können verschiedene Fähigkeiten erworben werden und Eigenschaften der Praktikantinnen und Praktikanten werden gestärkt. So entwickeln diese ihre Persönlichkeit weiter: Solidarität, Kooperation, Kommunikation und Engagement. Damit ein Praktikum realitätsnah ablaufen kann, ist eine angemessene Zeit und ein angemessener Rahmen nötig. Daher fordern wir gesellschaftliche Praktika in allen Schulen Nordrhein-Westfalens mit ausgiebiger Vor- und Nachbereitung. Die Gesellschaftspraktika sollten Kernstück eines schulischen Informationsprogramms zurzeit nach der Schule sein. Ein Modell ist das so genannte Freiwillige Jahr. „Im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) arbeiten die Freiwilligen in sozialen Einrichtungen verschiedenster Art. Im Fokus des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) stehen Umwelt und Natur und wie der Mensch diese schützen kann. Das Freiwillige Jahr in der Denkmalpflege (FJD) widmet sich dem Erhalt des kulturellen und baulichen Erbes. Im Freiwilligen Sozialen Jahr im Politischen Leben (FJP) können junge Menschen Einblicke in politische Prozesse gewinnen und sich in diesem Feld erproben. Im Freiwilligen Jahr in Wissenschaft, Technik und Nachhaltigkeit (FJN) haben Jugendliche die Möglichkeit, Erfahrungen im naturwissenschaftlichen Bereich zu sammeln.“

Das durch das Landesministerium für Schule und Weiterbildung sowie durch die Bundesagentur für Arbeit finanzierte Projekt „Zukunft erfahren“ bietet u.a. das Modul Sozialpraktikum an. In diesem Modul können Schülerinnen und Schüler die genannten Fähigkeiten gewinnen. Allerdings ist dieses Modul für die Freizeit und auf Basis der Freiwilligkeit gedacht.

Wir wollen, dass es nicht mehr von Geldern, Anträgen, Schulen oder Kommunen abhängig ist, ob eine Schülerin oder ein Schüler ein Gesellschaftspraktikum absolvieren kann. Auch sollten solche auf Freiwilligkeit und Interesse basierten Anliegen nicht in die Freizeit der Schülerinnen und Schüler gelegt werden, oder gar in die Ferien. Ort des Lernens, eines ganzheitlichen Lernens, ist die Schule. Schülerinnen und Schüler mussten in der Vergangenheit deutlich mehr von ihrer Freizeit in Schule und Lernen

investieren. Die ehrenamtlichen Tätigkeiten haben insbesondere darunter zu leiden, wie der 3. Freiwilligensurvey belegt: G8-SchülerInnen engagieren sich zu 41%, während G9-SchülerInnen zu 51% ehrenamtlich engagiert sind. Halbtags Schülerinnen und Halbtags Schüler zu 39% gegenüber 31% der Ganztags Schülerinnen und Ganztags Schülern. Dass Schülerinnen und Schüler ein so engen Zeitrahmen haben, muss nicht heißen, dass man wieder Halbtagschulen einführen sollte, stattdessen sollte darüber nachgedacht werden, wie und ob Schulen für ein Engagement fördernd sein können. Die Schule ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche erreicht werden können, an dem sie die sich bietenden Chancen und Möglichkeiten eines Berufs oder eines ehrenamtlichen Engagements im sozialen, politischen, kulturellen oder gesundheitlichen Bereich kennen lernen können. Das gesellschaftliche Praktikum kann ein Baustein dafür sein.

Ergänzt werden sollten das Berufs- und das Sozialpraktikum nach Möglichkeit – eine Universität, eine Fachhochschule o.ä. in annehmbarer Entfernung und eine entsprechende Kooperationsvereinbarung vorausgesetzt – durch ein bereits an vielen weiterführenden Schulen mit den Abschlüssen Fachhochschulreife und/oder Allgemeine Hochschulreife implementiertes „Praktikum“ in mindestens einem Studiengang der Wahl. Praktikum ist hier in dem Sinne zu verstehen, dass die Schülerinnen und Schüler innerhalb einiger Tage bis zu einer Woche einen Einblick in einen Studiengang bekommen, den sie sich persönlich zu dem Zeitpunkt für die eigene Zukunftsplanung vorstellen könnten. Neben dem Besuch von einführenden Vorlesungen, Vorträgen und Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen) sollten auch direkte Gespräche mit Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten sowie Studentinnen und Studenten ermöglicht werden, um den Schülerinnen und Schülern Eindrücke und Erfahrungen „aus erster Hand“ zur Verfügung zu stellen. Außerdem ist es wichtig, besonders hinsichtlich der Studienplanung mit den örtlichen Arbeitsagenturen zusammenzuarbeiten – dies gilt überdies für andere Formen des Praktikums selbstverständlich auch – um Berufschancen, Spezialisierungsfelder und Interessenschwerpunkte zu erörtern und klarer zu umreißen.

Es müssen bessere Bedingungen für Schulpraktika geschaffen werden, darunter fallen folgende Aspekte:

1. Es muss eine fundierte Vor- und Nachbereitung innerhalb und außerhalb des Unterrichts geben. Die Fragestellungen zum Praktikum sollten an Interessen von Schülern geknüpft sein, aber wichtige Aspekte der Arbeitswelt bzw. gesellschaftlicher Themen nicht auslassen. Nach dem Praktikum muss jeder Schülerin und jeder Schüler einen Bericht anfertigen, der das Praktikum auch auf Aspekte der Berufsorientierung und/oder des sozialen Engagements hin reflektiert und dieser muss von den

Lehrerinnen und Lehrern ausgewertet werden. Daneben braucht es auch eine Reflexion und ein Erfahrungsaustausch im Kursverband im Rahmen der Nachbereitung.

2. Die Organisation der Praktika sollte nicht den Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern aufgebürdet werden, stattdessen müssen sich feste Teams an den Schulen bilden. Dafür müssen entsprechende Möglichkeiten und Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Jede Schülerin und jeder Schüler sollte demnach eine Betreuungslehrerin oder einen Betreuungslehrer haben, die oder der während der gesamten Zeit des Praktikums, wie auch in Phasen der Vor- und Nachbereitung Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner ist.

3. Es erfordert die Beteiligung und intensive Absprache der Schule und des Betriebes bzw. der Einrichtung, dass diese in einem bestimmten Rahmen zeitlich und personell zusammenarbeiten. Es ist Aufgabe der Schule, dem Betrieb bzw. der Einrichtung die Ziele zu vermitteln, die mit dem Praktikum verfolgt werden.

4. Es muss ein vom Land NRW betreutes Netzwerk geschaffen werden in dem sich Schulen und Unternehmen zusammenschließen. Als Zusatzqualifikation für die Betriebe können diese sich testen lassen und in einem Raster eingestuft werden, um sich für Schulpraktika attraktiver zu machen. Es müssen Kriterien erarbeitet werden, die klare Aussagen über einen Praktikumsplatz machen: Wer hat nicht schon von der bzw. dem kaffeekochenden Praktikantin oder Praktikanten gehört? Es muss also geklärt werden, welche Institutionen und Firmen bereit sind Praktikantinnen und Praktikanten aufzunehmen und ob diese auch dafür geeignet sind, Praktika anzubieten.

5. Jede Schülerin und jeder Schüler muss bei 12 Jahren Schule mindestens 6 Wochen, bei 9 Jahren Schule mindestens 3 Wochen Praktikum gemacht haben. Diese Praktika werden platziert in der 9. Klasse und Stufe 11/Q1, damit sie den Effekt der Berufsorientierung nicht verpassen. Es ist der Schule freigestellt, ob sie mehr Praktika anbietet.

6. Die weiterführenden Schulen, die das Fachhochschulreife und/oder die Allgemeine Hochschulreife als Abschluss anbieten, sollten überdies die Kooperation mit Institutionen der universitären Bildung suchen. Eine Einbeziehung in das in Punkt vier benannte Netzwerk würde dem Folge leisten. Die Kooperation sollte nach Möglichkeit der Schulen ein ergänzendes „Praktikum“ für Schülerinnen und Schüler in mindestens einem Studiengang der Wahl ermöglichen

Wenn dann die vorgeschlagenen Formen der Praktika, die soziale Kompetenzen fördern, aber auch der Berufsorientierung dienen und bei Betrieben, die als dafür geeignet eingestuft sind, stattfinden, dann sind gute Voraussetzungen dafür

geschaffen, dass Schülerinnen und Schüler das Angebot an Praktika mit Freude und Spaß annehmen und letztendlich auch wirklich davon profitieren.

ANTRAG W4 – SCHLUSS MIT WEGSPERREN

Der Jugendstrafvollzug sollte im Kampf gegen die Kriminalität von Jugendlichen stets das letzte Mittel, eine Ausnahme sein, die nur für besonders schwere Straftaten zu verhängen sind. Der Regelfall sollen Sanktionen sein, die unmittelbar in Zusammenhang mit der Tat stehen und dem Straftäter und der Straftäterin ihr Verfehlen begreiflich machen.

Zu fördern, ist die kommunale Zusammenarbeit zwischen Sozial-, Gesundheits- und Religionsverbänden, sowie Jugendämtern und Schulen, um der Entstehung krimineller Milieus, welche das Leben und die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen und Heranwachsenden hemmen und existentiell bedrohen, präventiv entgegen zu wirken.

Während des Strafvollzugs für Jugendliche muss stets die Förderung Persönlichkeitsentwicklung in die Gesellschaft im Vordergrund stehen. Hierfür sind vor allem Maßnahmen zur Schul- und Ausbildung anzubieten, um auch einen Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Die psychologische Betreuung muss umfassend gewährleistet sein.

Jugendliche und Heranwachsende dürfen nicht wie Erwachsene behandelt werden! Der Vollzug muss human verlaufen und die Inhaftierten müssen vor Übergriffen von Personal und Mitgefangenen geschützt werden. Hierfür muss das Personal ausgebildet und gefördert werden um die Jugendlichen angemessen zu betreuen. Die psychologische Betreuung muss auch für das Personal gewährleistet werden, dessen Engagement und Einsatz von uns anerkannt wird.

Auch nach einer Freiheitsstrafe dürfen jugendliche Straftäter nicht alleine gelassen werden, um eine Rückkehr in die Kriminalität zu vermeiden. Hierfür müssen fach- und institutionsübergreifende Kooperationen mit dem Ziel der schulischen, beruflichen und sozialen Integration geschaffen werden.